

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Einzelheft 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsstelligen Kolonien-
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. März 1900.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
„Unterhaltungsblatt“
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt bringen wir Leo Tolstois neuen
Roman

„Auserkennung.“

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
sowie unsere Expedition, Benthjstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-
stellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate April, Mai, Juni

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Aggressive Defensiv.

Wir geben unten einen ausführlichen Bericht der Mittwoch-
Verhandlungen der Budgetkommission. Abgesehen von einer Aeuße-
rung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Grafen Bälow,
deren Geheimhaltung gewiss nicht wurde, wurde die Veröffentlichung der
Diskussion zugelassen. Die Ausführungen der Redner zeigen, wie
wenig hinter der Geheimnisträumerei, die am
Dienstag geübt wurde, steckt. Wenn einige Mütter meinen,
die gestrigen „hochwichtigen“ Ausführungen des Grafen
Bälow hätte einen großen Eindruck auf die Mitglieder der
Kommission gemacht, so ist das eitel Plunkerei. Im Gegen-
teil erklärten heute die Redner fast aller Parteien, was Graf Bälow
unter dem Siegel der Verschwiegenheit gesagt habe, sei alles längst
bekannt gewesen. Die Ausführungen der Parteiredner, die einen Rück-
schritt zulassen auf die Darlegungen der Regierungsvorträge, zeigen,
dass alle Argumente, die in der Kommission besprochen wurden,
bereits in den bisherigen öffentlichen Debatten
über die Flottenvorlage ausgiebig behandelt worden sind. Es be-
stätigt sich, dass der Ausschluss der Öffentlichkeit nur den Zweck
hatte, durch den Schein des Besonderen und Geheimnisvollen auf
leichtgläubigen Gemütern betörend zu wirken.

Nur das eine ist aus den Reden der Kommissionsmitglieder
noch deutlicher geworden, als es bisher gewesen, das nämlich gerade
dasjenige, was als das Unjüngste galt, der wirkliche
Sinn der Vorlage ist. Die Vorlage bedeutet eine scharfe Front-
stellung gegen England. Die Regierung war befragt worden,
welche Ereignisse seit dem Erlasse des Flottengesetzes von
April 1898 eingetreten seien, die eine Aenderung desselben nötig
machen. Die Antwort der Regierung hat sich — das
ist aus den Rückführungen der Abgeordneten in der Kommission mit
Sicherheit festzustellen — auf nichts weiter bezogen, als auf den
Samoastreit und die Beschlagnahme der Postdampfer vor der Delagoabai; dazu die allgemeine Beden-
kenart von der Vermehrung der „Reibungsflächen“, deren näherer
Substantiierung die Regierung offenbar sorgfältig ausgewichen ist.

Die Angstmacherei von England und die Drohungen gegen
England — das war aber schon Hauptnummer im Repertoire
der Flottenagitatoren. Es ist höchst undankbar, dass
die Regierung und die Flottenfreunde des Reichstags jetzt weit ab-
rücken wollen von den im Lande herumreisenden Flottenaposteln und
ihren „Uebertreibungen“. Man verwahrt sich gegen die „Phantasierereien“
der Flottenagitatoren, die mindestens 6 Panzerschiffe verlangen
und an allen Ecken des Erdballs Kolonien erwerben möchten. Aber
man hat sich vor einigen Jahren auch gegen diejenige Flotten-
agitation verwahrt, welche die Regierung jetzt selbst betreibt.
Man täuschte sich nicht: In wenigen Jahren werden die Forderungen
der Bendstern und Haffe Regierungsforderungen sein,
sobald man einmal dazu vordringt, eine Seemachts-Politik im
Gegensatz zu England zu betreiben.

Wenn man jetzt gegen England rüstet, wird man recht bald er-
kären, wir müssen auch einer Kombination feindlicher
Seemächte gewachsen sein! Früher sollte unsere Küste geschützt
werden. Dann sollten wir stark genug werden, um eine
Blockade der Nordseehäfen zu durchbrechen. Jetzt sollen wir
dem mächtigsten Seestaat auf hoher See gewachsen werden.
Wie bald wird es heißen: Es ist Gefahr, dass sich Frankreich
und England gegen uns verbünden, wir müssen gegen beide
zur See widerstandsfähig sein! Man kann uns auch beliebige andre
Konstellationen vorhalten; wir müssen z. B. Amerika und
England die Stirn bieten können, oder auch einen Dreiecksbund
Frankreich-Amerika-England, kurz, wir müssen es mit aller Welt
aufnehmen können!

Es ist gut, dass das Ziel — das vorläufige — der Flotten-
vorlage klar enthält ist. Das deutsche Volk weiß nun wenigstens,
wohin die Fahrt geht. Da wir auf dem europäischen
Kontinent inmitten mächtiger gegen uns verbündeter Nachbarn

eingeteilt stehen, treiben wir nun in den ständigen Konflikt mit
dem mächtigen Inselreich, dessen wohlwollende Neutralität bisher in
kontinentalen Schwierigkeiten als von größter Bedeutung galt.
Alle Welt ist nun glücklich unser Feind. Das sind
die Erfolge der genialen Politik unserer leitenden Staatsmänner.

Es ist klar, dass unsere Beziehungen zu England durch die Ver-
handlungen der Budgetkommission nicht verbessert werden können.
Das Echo aus London wird alsbald lehren, wie gut wir es
verstehen, Spannungen und Konflikte zwischen naheliegenden Nationen
zu schärfen.

Nun hat der Leiter des Auswärtigen Amts sich entschieden da-
gegen verwahrt, dass die Regierung aggressive Zwecke verfolge; die
maritimen Rüstungen seien nur defensiver Natur und nur Schütz-
mittel gegen Angriffe eines andern, der gerade durch unsere
Schwäche zum Angriff gegen uns gereizt werde. Dieser Schein-
grund zerfällt sofort vor der Frage: Warum hat denn England,
wenn es uns so feindlich will und unsere Schwäche auszunutzen lauert,
nicht schon längst eine günstige Gelegenheit ergriffen? Warum
wartet England, bis wir stärker und stärker werden? Ja, wenn die
Dinge so lägen, wie Graf Bälow erzählt, — wie dürften wir dann
die „bitter nötige“ größere Flotte erst nach langen Jahren fertig-
stellen wollen, während uns mittlerweile England niederwerfen
könnte?

Was ist denn zwischen Deutschland und England seit der Ein-
führung der 1898er Vorlage bis zur Einführung der jetzigen Vor-
lage vorgekommen? Die Beschlagnahme der Postdampfer liegt
zeitlich hinter der Einführung der neuen Vorlage. Bleibt nur der
Samoastreit. Das war eine Differenz, wie sie im Völkerleben
wohl entstehen kann, sie ist glatt erledigt worden und Deutschland ist
dabei keineswegs übel gefahren. Aber, sagt Graf Stolberg, England
habe nur wegen der Ereignisse in Südafrika sich auf Bedingungen,
die für uns günstig sind, eingelassen, und Graf Bälow sagt, die
Sache sei gut abgelaufen, aber es hätte sich schlimmer zuspitzen
können, es hätte zu Jamtungen und Beleidigungen kommen können,
die wir uns nicht gefallen lassen dürfen. Nun wohl: Sollten wir
wegen Samoa einen Krieg führen gegen England und vielleicht
zugleich gegen Amerika, das mitteilhaftig war? Da zeigen
sich die Gefahren, die uns die Erwerbungen von allerlei Inseln in
fernen Weltmeeren bringt. Wenn die heutige Regierungslinie den
Erwerb und den Besitz geringwertiger oder wertloser Inseln im
Oceano nicht durchführen kann, ohne Kriegsgefahren heraufzubeschwören,
so ist das ein neuer durchschlagender Grund gegen
solche überzeisigen Besitzungen. Ueber verzögerte
man auf Samoa und die Inseln usw., als dass man
um dieser Nichtigkeiten willen mit einer Nation sich
verfeindet, mit der gute Freundschaft zu halten nicht nur eine
politische und wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine Forde-
rung des europäischen Kulturfortschritts ist.

Graf Bälow suchte endlich die Regierung durch Verweisung auf
die Macht, welche die Demokratie in unserer Zeit erlangt habe,
zu entlasten. Er sprach von dem Einfluss der Massen auf die
hohe Politik, die nicht mehr Kabinettpolitik sein könne,
um diese Massen des Chauvinismus und kriegerischer Geistes zu be-
schuldigen. Aber Welbel betonte mit Recht, dass die Massen fried-
liebend sind und dass die jetzige Kriegsbekämpfung in England
durch die Verheerungen der kapitalistischen Presse erzeugt sei.

Wenn die Arbeiterklasse Deutschlands bisher schon in scharfer
Opposition zu den Flottenplänen gestanden hat, so können die Ver-
handlungen der Budgetkommission sie in ihrer Haltung nur be-
festigen. Es ist ein heilloser Unterfangen, dass die kontinental
geübte Rationierungswirtschaft nun auch über die Meere hin die Völker
spalten und ihre kulturelle Arbeit vergiften soll. Das international
solidarische Proletariat wird an diesem Frevel nicht mitschuldig.

Nachfolgend unser Bericht:

Die Budgetkommission des Reichstags behandelte am Mittwoch
in der Generaldebatte die 7 Fragen zum Abchnitt: Notwendig-
keit und Umfang der Flottenvermehrung. Die Dis-
kussion begann mit längeren Darlegungen des Abgeordneten

Welbel:

Durch die Ausführungen der Verteidiger der Vorlage ist klar
erwiesen, dass die Vorlage sich gegen England richtet und
dass mit der Eventualität eines Kriegs mit England
gerechnet wird. Das bestätigt alles, was ich früher über die eigent-
lichen Motive der Vorlage gesagt habe. Es sind der Samoastreit
und die Beschlagnahme der Postdampfer in der Delagoabai als solche
Fälle angedeutet worden, die Veranlassung zum Krieg geben könnten,
aber in beiden Fällen ist eine friedliche Beilegung in einer für
Deutschland durchaus befriedigenden Weise möglich gewesen. Ich
kann mir auch nicht vorstellen, dass jemals Differenzen erheblicherer
Natur ausbrechen könnten.

Es ist ausgeschlossen, dass England infolge der sich steigenden
Handelskonkurrenz, die ihm Deutschland macht, uns zum Kriege
treiben könnte. Wohl aber besteht die Gefahr, dass England dem
bösen Beispiel anderer Staaten nachfolgen und den Weg des Schut-
zolls betreten würde, um sich fremde Konkurrenz vom Leibe zu
halten. So weit es an uns ist, wird diese Gefahr vermieden
werden. Vorläufig aber sind die Handelsbeziehungen der beiden Staaten
derartige, dass ein Krieg, wie er auch ausfalle, die schwerste
Schädigung beider bedeuete. Die Handelsbilanzen zeigen, wie sehr
Deutschland und England wechselseitig auf einander an-
gewiesen sind; einer lebt gewissermaßen vom andern.

Unter dem englischen Imperialismus versteht ich das
Streben, eine föderative Verbindung zwischen dem Mutterland und
den Kolonien herzustellen, so dass diese finanziell für das Gesamt-
reich sich engagieren und Flotte und Armee gemeinschaftlich sind.
Diese Bestrebungen werden aber gerade durch die bei uns üblich
gewordene Hege gegen England untergraben, sie werden auch aus
dieser Flottenvorlage neue Impulse gewinnen.

Sind wir denn aber überhaupt in der Lage, einen Krieg
gegen England mit annähernder Aussicht auf Erfolg zu
führen? Es wurde uns gesagt, England könne nicht im
gleichen Verhältnis wie wir forttriften. Das ist nicht richtig. Wenn
die Engländer zu der Ansicht gelangen, dass sie in beschleunigtem
Tempo rüsten müssen, so können sie es auch. Der Boererkrieg
hat eine große Opferwilligkeit gezeigt; die vom Schatzsekretär ge-
forderten direkten Steuern, welche die mittleren und oberen Klassen
treffen, wurden sofort bewilligt; ich wünschte, die besitzenden Klassen
Deutschlands zeigten einmal ähnliche Opferwilligkeit und machten es
nicht so, wie wir es 1870 erlebt haben. England ist reich genug,
um uns in den Wettbewerben zur See zu schlagen, es
hat den Vorteil vor uns voraus, dass es keine große
Landmacht erhalten braucht. Auch an Besatzung der Kriegs-
schiffe kann es dem englischen Reiche nicht mangeln, das mit den
Kolonien 400 Millionen Menschen umfasst gegen 65 Millionen im
deutschen Reiche samt Kolonien.

Die englische Flotte hat bereits erklärt, wenn Deutschland seine
Macht zur See verneht, so bauen wir für je ein Schiff zwei und
drei. Da haben wir keine Aussicht eines Erfolgs. Wir werden
kläglich Schiffbruch leiden, wenn wir um jeden Preis zur
See ebenso voranzurücken wollen wie zu Lande.

Die größte Gefahr eines Kriegs mit England liegt aber darin,
dass Russland und besonders Frankreich diese Gelegenheit allerdings
benutzen würden, um über uns, wenn wir schwer geschwächt sind,
herzufallen.

Abg. v. Stolberg-Berningerode (L)

Die Vorlage richtet sich überhaupt nicht speziell gegen England
und hat gar keinen offensiven Charakter. Wir müssen aber mit der
Möglichkeit eines solchen Kriegs rechnen. Deutschland ist aus dem
kontinentalen Staat herausgewachsen. Das ist vielleicht bedauerlich,
aber es ist geschehen durch eine natürliche Entwicklung. Für Bismarck
suchte sich dieser Entwicklung entgegenzusetzen, er war kein Freund von
Kolonien. Jetzt aber müssen wir die Dinge nehmen wie sie
sind. Es sind viele Reibungsflächen neu entstanden,
besonders gegenüber England. Es bestehen allerdings große gemein-
schaftliche Interessen zwischen uns und England, aber in England
herrscht nicht die Regierung, sondern das Volk. Das läßt sich oft
von momentanen Stimmungen statt von wohlüberlegten Interessen
leiten. Die gütliche Beilegung des Samoastreits verdanken wir
doch nur den Erfolgen der Boeren. Sollen wir deshalb
überhaupt nicht rüsten, weil England jetzt stärker ist als wir? Die
Rebermacht Englands ist gar nicht so groß, die Möglichkeit ist vor-
handen, England zurückzuschlagen. Also haben wir die Pflicht zu
rüsten, so gut wir es vermögen.

Abg. Wassermann (natl.):

Die Vorlage entspringt lediglich dem Gefühl der Notwendigkeit,
unsere Defensiv zu verbessern. Der Augenblick eines
Zusammenstoßes mit England kann doch kommen. Ich hoffe,
dass er nicht kommt, aber Gewissheit haben wir nicht dafür. Je
stärker wir gerüstet sind, um so später kommt der Zusammenstoß.
Wir müssen rüsten innerhalb unserer Leistungsfähigkeit, wir müssen
pflichtgemäß versuchen, was wir können.

Abg. Richter:

Die gestrigen Eröffnungen brachten leider kein neues und
schwerwiegendes Material. Tatsächlich sind alle vor-
gebrachten Ansätze schon immer im Parlament und außerhalb
berücksichtigt worden. Nur Einzelheiten waren neu, die
aber für das Gesamturteil unwesentlich sind. So ist
festzustellen, dass der deutsch-englische Geheimvertrag sich nur auf
Südafrika bezieht und dass von einer Besitzergreifung im Persischen
Meerbusen keine Rede ist.

Ich erinnere daran, wie Bismarck unser Verhältnis zu Eng-
land aufgefacht hat: Unsere Aufgabe sei es nicht, eine Seemacht
gleich der englischen oder französischen zu werden; Deutschland sei
in der Lage, England seine Unterstützung zu entziehen in anderen
Fragen, wenn England uns in übertriebenen Fragen feindselig
gegenüberträte sollte. Selbst eine Seemacht wie die französische
sei nicht angetrieben, nur eine von dem Umsange der Staaten zweiten
Rangs. Auch im Juni 1897 sprach sich Bismarck dahin aus, dass
Deutschland nur eine „gute Anstandsflotte“ haben solle, die
hinreichend zum Selbstschutz und stärker sei als etwa die dänische
Flotte, eine Flotte gleich der französischen oder der englischen sei eine
Unmöglichkeit.

Sehr bedauerlich ist die Hege gegen England, wie sie in unserer
Flotte betrieben wird. Der Flottenverein treibt ein gefährliches
Spiel, besonders die zur Agitation beurlaubten Marineoffiziere.
Wären die Massen unseres Volkes nicht sehr unempfindlich für solche
Hetzerien, so könnten wir peinliche Exzesse erleben.

In England hat sich der Imperialismus recht abge-
kühlt. Die Kosten und Opfer des Boererkriegs, die kritische Lage,
in der man sich befand, fordern die Engländer zur Ueberlegung
heraus, wie bedenklich es ist, solche Politik zu treiben. Südafrika
kann leicht ein zweites Irland für die Engländer werden.
Das Bedenken wird unklar, man wird wahrscheinlich zur
allgemeinen Dienstpflicht übergehen müssen. Diese Um-
stände schämen aber sehr gegen das Umsichgreifen eines erobernungs-
lüstigen Imperialismus.

Der Samoastreit soll jetzt so gefährlich gewesen sein. Aber
früher sagte Graf Bälow: es sei unmöglich, wegen einer derartigen
Kleinigkeit einen Krieg zu führen. Die Reibungsflächen
sollen zugenommen haben! Aber in Afrika sind die Interessen-
sphären abgegrenzt worden, die Reibungsflächen haben
sich vermindert. England wird sich hüten, aus Gründen
der Handelskonkurrenz mit Deutschland einen Krieg zu provozieren,
denn dann müßte es auch gegen Nordamerika Krieg be-
ginnen, das ihm ein noch gefährlicherer Konkurrent geworden ist.
Auch die Rücksicht auf seine Kolonien wird England hindern, es zur
Erklärung des Verhältnisses mit Deutschland kommen zu lassen, denn
die englischen Kolonien würden schweren Schaden davon haben.

Welbel weist ferner nach, dass seit Ende der 80er Jahre Deutsch-
land den Anstoß zu den Marinevermehrungen gegeben habe. Und
durch die solche Politik, die wir am Ende des japanisch-chinesischen
Kriegs trieben, haben wir England in Schwierigkeiten gebracht; noch
vor 2 Jahren verpötelte man allenthalben England, dass es sich in
Ostasien alles so ruhig gefallen lassen müsse.

Schließlich kritisiert Welbel die Flottenstatistik des Staats-
sekretärs Tirpitz, die vielfach wesentlich abweichende Zahlen auf-

weise, als bisher bekannt war. Seine Partei lehne es ab, jetzt schon über Schiffbauten, die erst 1906 und 1910 in Angriff genommen werden sollen, zu bestimmen. Wir werden immer nur für die nächstliegenden Baujahre Flottenforderungen bewilligen.

B. Kardorff (L.)

Nachdem die Vorlage einmal in dieser Art vorgelegt ist, müssen wir sie so annehmen. Wir binden uns auch nicht auf lange Jahre, es ist ja nur ein Programm. Dem Auslande gegenüber können wir in eine sehr eigentümliche Lage, wenn der Reichstag sich ablehnend verhielt. Allerdings hätten die Flottenagitatoren sich für die nächsten Jahre weniger zu kümmern.

Die allgemeine Wehrpflicht wird in England nicht eingeführt werden. In London regiert die Börse, die immer für ein Verbeßer sein wird. Der englische Imperialismus bedeutet mehr, als was Herr Webel sagt, er ist nicht nur auf Schatz bedacht, sondern ist aggressiver Natur. Die Kolonien können nicht zu den Finanzen beitragen, denn um diese steht es in den meisten recht schlecht. Die starke Bevölkerung der Kolonien nützt den Engländern nicht viel, denn sie können sie nicht gebrauchen zur Marinerekrutierung.

Wir halten uns an das alte richtige Wort: Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg.

Herr Webel (fr. Bg.):

Wenn Herr Webel mit englischen Schutzschiffen droht, so würde in einer englischen Schutzpolitik ja gerade der Keim zu kriegerischen Entwicklungen liegen, gegen die wir uns beizeiten vorsetzen müssen. In England herrscht ein starker Chauvinismus, der durch die Erfolge in Afrika noch zunehmen wird. Wie sich die Dinge gestalten werden, wäre es bedauerlich, wenn die Regierung nicht einen Plan auf längere Zeit hinaus aufgestellt hätte. Das ist ein Wechsel auf die Zukunft, der aber schon jetzt diskontiert wird.

Herr Müller-Fulda (C.):

Gestern hörte ich einen Kollegen über uns sagen: Diese Menschen haben doch gar kein patriotisches Empfinden! Solche Äußerungen lassen uns völlig kalt. Was der Regierungsbereiter über die politischen Beziehungen der Nationen und neue Ereignisse seit 1898 gesagt hat, war ohne großen Belang. Wenn es auch vertraulich mitgeteilt wurde, so konnte doch jedermann diese Dinge über die „Weltmächte-Politik“ haben mich die Äußerungen des Grafen Bülow erheblich beruhigt, daß die Regierung nur Ziele des Friedens verfolgte. Ueber die Flottenrüstungen anderer Staaten haben wir so viel erfahren, daß wir uns allerdings fragen müssen: Können wir da so ruhig zusehen?

Ein auf lange Jahre bindendes Gesetz liegt nicht vor, es bleibt jährliche Bewilligung durch den Reichstag. Besonders peinlich ist vielmehr die Ersatzbauten-Vestimmung. Da ist die Rückwärtsentwicklung, von der Herr Richter schon im Plenum sprach. Die Regierung kam, wenn wir ihr nicht Renouveau bewilligen, doch sehr zahlreiche Ersatzbauten vornehmen. Es wäre gut, diese Bestimmungen zu ändern. Die Ersatzbauten könnten auf spätere Perioden zurückgeschoben werden, wenn jetzt das neue Geschwader gebaut wird.

Ich bin nicht überzeugt worden, daß für die Auslandschiffe ein wirklich dringendes Bedürfnis vorliegt. Hier schiebt die Vorlage über das Ziel hinaus.

Staatssekretär Graf Bülow:

Ich betone nochmals, wir verfolgen nur defensive Zwecke und zwar gegenüber allen Mächten. Frieden nach allen Seiten zu wahren, das ist das Hauptmotiv der Novelle. Wir haben keine unruhigen, aggressiven, abenteuerlichen Tendenzen. Andererseits wollen wir die Würde unseres Landes wahren. Die Wahrung des Friedens bedarf einer verlässigen auswärtigen Politik, aber dazu müssen wir uns doch auf die nötige materielle Macht stützen. Im Völkerverleben nützt alle Vorsicht und Geschicklichkeit der Diplomatie nichts, wenn nicht den andern die Lust zu frivolsten Angriffen benommen wird. Unsere Schwäche reizt zu Angriffen. Ich habe allerdings hinsichtlich des Samoa-Falles gesagt, es gehe nicht an, deshalb einen Krieg zu entfesseln; aber es wäre doch möglich, daß Beleidigungen stattfinden, die wir nicht ruhig hincnehmen können.

Herr Richter beruft sich auf den Fürsten Bismarck. Aber seit 1885 haben sich die Verhältnisse eben sehr geändert, unsere Interessen haben sich entwickelt, damit haben sich auch die politischen Reibungsflächen vermehrt. Wir sehen doch auch Amerika, das damals noch sich sehr zurückhielt, eine sehr aktive Weltpolitik treiben und sich eine große Flotte schaffen. Die imperialistische Bewegung in England ist im Wachsen. Früher hatte England das Prinzip der Nichtintervention, es verdeckte Inseln an andere, jetzt ist das ganz anders, jetzt stehen Männer an der Spitze der englischen Regierung, welche die Superiorität Englands in jeder Weise aufrecht erhalten wollen. Wir wollen uns friedlich neben England entwickeln, aber wir müssen Uebergriffe zurückweisen können. Unsere Hauptfrage ist, England durchaus partiell zu behandeln und unsere offiziellen Beziehungen mit England sind die allerbesten. Aber die Zeit der Kabinetspolitik ist vorüber, die Volkseigenschaften spielen eine große Rolle. Darum müssen wir an der Stelle größerer Friedensgarantien haben, wo die Störung des Friedens am empfindlichsten wäre.

Webel:

Man sagt, es handle sich um rein defensive Zwecke. Man hat aber bei jeder Militärvorlage gesagt: Wir wollen niemand angreifen. Genau dasselbe sagen aber die andern Mächte und so fahren alle fort in diesen ungeheuren Rüstungen. Jetzt beginnt dasselbe Spiel mit der Marine. Wir sollen eine Macht zur See erhalten, die es mit dem stärksten Gegner aufnehmen kann. Aber die andern Staaten werden bemüht sein, den Abstand in den Machtverhältnissen aufrecht zu erhalten, so daß im Verhältnis schließlich nichts geändert wird.

Wir haben aber auch bereits eine starke Flotte; im Verhältnis zur Länge der Küsten und zum Umfang der Kolonien ist unsere Flotte sogar stärker als die irgend einer andern Macht, auch als die Englands.

Jetzt sollen die Völker so böse sein, daß sie den Regierungen den Krieg aufzwingen. In Wahrheit sind aber die Massen friedliebend. Wenn der Chauvinismus um sich greift, so ist das Schuld der herrschenden Klasse. In England wird der Chauvinismus geschützt von einer Presse, die sich in den Händen derselben Kapitalisten befindet, welche persönliches Interesse an dem Krieg haben.

Der Samoa-Fall kann unmöglich so gelegen haben, wie es jetzt dargestellt wird. Auch Amerika war ja beteiligt. Oder wollte Graf Bülow gegen Amerika und England zugleich vorgehen? Ich sehe auch nichts von der Vermeidung der Reibungsflächen. Unser Handel geht zum allergrößten Teil — abgesehen von den europäischen Staaten — nach Amerika, den englischen Kolonien und sonstigen Ländern mit durchaus geordneten Verhältnissen.

Zahlreiche Gründe, die von den Flottenfreunden angeführt werden, sprechen eher gegen die Notwendigkeit einer Vermehrung. So, wenn Herr Kardorff die finanzielle Schwäche der englischen Kolonien und die Unmöglichkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht betont. Herr Frese tritt, wenn er sagt, ich hätte für Schutzschiffe plädiert; im Gegenteil, ich wünsche, daß man nicht durch neue Verschärfung unserer Schutzpolitik, wie sie jetzt geplant wird, die Engländer dazu reizt, ein Gleiches zu thun. Das Centrum scheint in Bezug auf die Bewilligung von Auslandschiffen Zurückhaltung abzuwachen. Aber die Schlachtschiffe sind noch viel weniger nötig als Auslandschiffe.

Herr Gröber (C.):

Man sollte nicht immer von England sprechen. Wenn wir Krieg mit Frankreich oder Rußland bekämen, so wäre doch die Flotte auch sehr wichtig.

Man hat auch mich die Erklärung des Staatssekretärs, daß wir nur defensive Pläne haben, einigermaßen beruhigt, aber es können andre Staatssekretäre kommen und dann ist noch die Frage, ob an der Stelle, die schließlich entscheidet, auch immer eine Politik herrscht,

die jede Eroberungsjacht ausschließt. Wir haben doch seit den achtziger Jahren bereits allerlei „erobert“. Da erfolgt die Weltzugreifung von Kolonien und Pachtungen, ohne daß wir nutzenden haben. Nachher heißt es, Ehre und Interesse erfordern, daß man das Eroberte behalte. (Herr Frese: Friedliche Eroberung!) Ja, dadurch sind wir aber schon stark engagiert, und es wäre doch gut, wenn eine gewisse Verzichtung geboten würde, daß es nicht so fortgehen soll. Denn so werden natürlich vermehrte Reibungsflächen geschaffen. Weil ich gegen neue Eroberungen miträuflich bin, sind mir auch gerade die Auslandschiffe nicht geheuer.

Es hat mich gefreut, daß Herr Richter nur gegen Bindung des Reichstags auf lange Jahre gesprochen hat, nicht aber gegen eine Vermehrung der Flotte überhaupt; auch die Bindung will er nur nicht auf alle Jahre, einige Jahre will er sich auch binden. Das ist schon ein bedeutendes Entgegenkommen!

Die Vorlage bedeutet nun aber gar keine Bindung, der Bauplan steht nur in der Notizen. Eigentlich wird nur ein Geschwader neu gefordert, das zweite Geschwader soll nur Ersatz für die schon vorhandenen Küstenschiffe sein.

Meine Partei will sich durch unsere jetzigen Forderungen in keiner Weise festlegen. Wir sprechen und stimmen hier vorläufig nur für unsere eigene Person, nicht im Namen der Fraktion.

Herr v. Kardorff (fr. Bg.):

Der Vergleich des Herrn Webel mit den Militärvorlagen war sehr unglücklich. Die Militärvorkehrungen haben uns und gerade den Frieden erhalten und Deutschland ist dabei auch gewachsen.

Herr Hören (C.):

Ich bin zur Zeit weder geneigt, die Schlachtschiffe noch die Auslandschiffe zu bewilligen. Ich habe keine genügende Auskunft bekommen, was nun eigentlich seit 1898 so besonders geschehen sein soll, daß die damalige Vorlage, die das Flottenwesen bis 1904 geregelt hat, über den Haufen geworfen werden muß. Daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter entwickeln würden, wußte man schon vor 1 1/2 Jahren. Der Samoa-Fall ist friedlich erledigt, also die bisherige Rüstung war genügend und ein Mehr ist nicht nötig; es ist ein wahres Glück, daß wir damals nicht mehr hatten, sonst hätten wir vielleicht Krieg bekommen.

In die Vorlage auch nur eine Art Programm, so verpflichtet sie uns doch zur dauernden Bewilligung der hohen Ausgaben.

Graf Bülow:

(Die kurze Erwiderung, die Graf Bülow auf die Ausföhrung des Hrn. Hören gab, daß er keine besondere Kündigung der Verhältnisse seit 1898 erkennen könne, soll wiederum geheim gehalten werden.)

Herr Richter:

Die Bemerkung des Hrn. Kardorff, die Militärvorkehrungen hätten den Frieden gewährleistet, will gar nichts bedeuten. hätten wir seit 1870 Krieg gehabt, so hätte man gesagt, dies sei der beste Beweis, wie nötig die Vermehrung war. So kann man alles begründen.

Wenn die Vorlage nur ein Programm bedeutet, warum legt man denn den gewünschten Flottenbestand gesetzlich fest? Das ist noch verständlich bezüglich der Schlachtschiffe, deren eine gewisse Zahl ein organisatorisches Ganzes bildet. Aber für die Auslandschiffe, die jedes einzelne für sich ihre Bedeutung haben, wäre die Festlegung ganz unverständlich. Es handelt sich nicht, wie Herr Gröber sagt, nur um 1 Geschwader sondern es sollen auch die Küstenschiffe, deren einer 5 Millionen kostet, durch Einheitschiffe a 2 Millionen ersetzt werden; hier ist es also auch nicht bloß Programm, sondern, da ein Erlaß eintritt, muß eine Festlegung, daß der Erlaß in dieser Form erfolgen soll; so entspricht für uns ein absoluter Bewilligungszwang.

Mein Standpunkt in Flottenvermehrungen überhaupt ist aus dem Plenum bekannt. Ich halte am Szenat fest; ob im Jahre 1903 neue Bewilligungen nötig sind, das ist nicht jetzt zu entscheiden.

Herr Arendt (C.):

Es ist seit Ende 1897 doch vieles anders geworden. Man hat damals offenbar die Schnelligkeit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unterschätzt. Samoa war nur ein Symptom, aber es hat uns angeleitet über die Stimmung, die in England gegen uns herrscht, und über die englischen Weltbeherrschungsgelüste.

Herr Müller-Fulda (C.):

bemerkte noch, es seien möglicherweise dadurch Erparnisse zu erzielen, daß die Lebensdauer der kleinen Kreuzer länger angelegt werden könnte als im jetzigen Gesetz vorgezeichnet ist.

Damit ist der erste Abschnitt der Generaldiskussion beendet; und es wird nunmehr übergegangen zur Erörterung der Deckungsfrage.

Staatssekretär v. Thielmann

meint, die Frage der Centrunsmittelglieder in Bezug auf die Vermehrung der Ausgaben lasse sich nur bei Pensionskosten und Versicherungsbeiträgen bis 1920 angeben, weil dies auf mathematischer Berechnung beruht. Wie weit aber die Herabsetzungen bis 1920 anwachsen, vermag schwerlich auch der Kriegsminister zu sagen. (Heiterkeit.) Auch läßt sich die Veränderung der Weltlage bis 1920 nicht vorbestimmen. Redner berechnet alsdann aus der Steigerung der Reichseinnahmen von 1896 bis 1899, abgesehen von Getreidezöllen eine durchschnittliche Mehreinnahme von jährlich 80 Mill. M. Wenn hiervon jährlich 11 Mill. M. mehr zur Deckung der Kosten des neuen Flottenplans in Abzug kommen, so bleiben noch 19 Millionen für andre erhöhte Bedürfnisse des Reichs übrig. Dabei sind die Getreidezölle nicht in Rechnung gestellt. Verlangt er erwägt der Staatssekretär, daß Preußen und auch verschiedene andre Bundesstaaten geneigt sind, in eine Erhöhung des Lotteriestempels zu willigen, was eine Mehreinnahme von 17—18 Millionen Mark jährlich bewirken würde.

Die weitere Verhandlung über die Deckungsfrage soll in der Sitzung am Donnerstag erfolgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

Der Reichstag

hat Mittwoch die dritte Lesung des Etats beendet und ist alsdann in die Osterferien gegangen.

Bei den einzelnen Etatsposten gab es mehr oder minder lebhaft Debatten, doch boten die meisten derselben keine Gesichtspunkte von allgemeinerem Interesse. Beim Militär-Etat erneuerte Herr v. Jazdzewski die Klagen der polnischen Soldaten über Verletzung ihrer religiösen Gefühle, während Genosse Thiele auf das in Halle übliche Militärbojott-System zurückkam. Herr v. Götler bemühte sich, mit „schneidiger“ Bronzart-Kürze zu antworten, mußte sich aber von Thiele belehren lassen, daß diese Chikane sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen hat. — Beim Marineetat zeigte Dr. Dertel, der zur Abwechslung ohne weisse Weste erschienen war, große Lust, eine Agrar-debatte zu entfachen; er beklagte sich über die Verwendung amerikanischen Wuchsenfleisches auf deutschen Kriegsschiffen und ließ in seine Rede einen deutlichen Hieb gegen den Prinzen Heinrich und die von diesem empfohlene „Politik der offenen Thür“ einfließen. Staatssekretär Tirpitz antwortete kurz und ablehnend; als Herr Dertel sich noch immer nicht beruhigen wollte und davon sprach, daß er selbst die „Güte“ des amerikanischen Wuchsenfleisches am eigenen Leibe erfahren habe, rief man ihm von links zu: „Davon sind sie so dick geworden!“ Alles lachte und unter diesem Gelächter wurde die auch höchst überflüssige Fortsetzung der Debatte begraben.

Bei der Beratung des Postetats brachten Stöcker, der heute seinen Tag hatte, Dr. Müller-Sagan und Singer die Verweigerung des Koalitionsrechts der Postbeamten zur Sprache. Der Post-General war so freundlich, zu erklären, daß er den Postbeamten gern — Vergünstigungen erteilen gedenke. Daraus fand selbst Stöcker eine kräftige Antwort, worauf v. Podbielski sich in majestätisches Schmelzen hüllte. — Der Reichssekretär v. Thielmann übertrug das Haus mit der Mitteilung, daß nach den Beschlüssen zweiter Lesung, die den Regierungen bedenktlich seien, die Einführung des Postschiffverkehrs zweifelhaft geworden sei.

Der Gesamtetat wurde gegen die Stimmen unserer Partei bewilligt. Nachdem noch zur Geschäftsordnung Genosse Thiele bemerkt hatte, daß er die Angaben über den Obersteiger Nothe in vollem Umfange aufrecht erhalten und, so bald es nach der Geschäftsordnung zulässig sei, dem Dr. Arendt auf seinen geistigen Angriff antworten werde, schloß Präsident Graf v. Helldorf mit dem Wunsche vergnügter Osterferien die Sitzung.

Das Haus wird am 24. April, Dienstag, nachmittags 2 Uhr wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien stehen kleinere Vorlagen und das Reichs-Steuergesetz.

Die Breslauer Landtagswahl.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat Mittwoch mit allen gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien, die Wahlen der Abg. Schmieder (fr. Bg.), Wetekamp (fr. Bg.) und Gohlein (fr. Bg.) für ungültig erklärt und dem Antrag der Wahlprüfungs-Kommission entsprechend beschlossen, die Regierung zu ersuchen, über folgende Punkte Beweis zu erheben: 1. Ist während des Wahlaktes an verschiedenen Stellen im Wahllokal Geld ausgegeben worden, insbesondere an den Wählern der sozialdemokratischen Partei? 2. Ist im Saal darüber gesprochen worden, daß dort Geld zu verdienen sei und 5—6 Mark bezahlt worden?

Wie wir bereits früher mitgeteilt haben, hatte die Kommission mit allen gegen eine Stimme die Ungültigkeit der Wahlen beschlossen, da sie in der Auszahlung des Geldes an die Wahlmänner im Wahllokal eine Beeinflussung erblickte; sie erklärte nur die Erstattung der baren Anlagen, nicht aber auch die des entgangenen Arbeitsgewinns für zulässig. Nach dem Beschluß der Kommission stand es von vornherein fest, wie die Entscheidung im Plenum ausfallen würde.

Wir Eifer traten die Freisinnigen Dr. Barth und Kopsch für die Gültigkeitserklärung ein. Letzterer wies nach, daß von einer Wahlbeeinflussung keine Rede sein könne, da von vornherein feststand, wie die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen würden. Abg. Dr. Barth hielt den Konserwativen entgegen, wenn sie wirklich so entschiedene Gegner der Wahlbeeinflussungen seien, so sollten sie doch erst einmal dafür sorgen, daß der Druck der Vorgelegten auf die unteren Beamten aufhöre, die häufig gegen ihre Ueberzeugung stimmen müßten.

In ähnlichem Sinn sprach sich Abg. Kopsch aus. Wer die Parteidisziplin der Sozialdemokraten kenne, der werde wissen, daß sich jeder Genosse dem Parteibeschluß, für die freisinnigen Kandidaten einzutreten, ohne weiteres füge. Sollen Entschädigungen für Betverlust an die Wahlmänner überhaupt unzulässig sein, so schliche man damit die Arbeiter von der Ausübung des Wahlrechts aus und die Empörung über das preussische Wahlrecht nehme noch zu.

Abg. v. Renmann (L.) gefiel sich in der Rolle des sittlich Enttäuschten. Bei der Breslauer Wahl seien die Dinge passiert, die den guten Sitten direkt ins Gesicht schlagen, durch die Auszahlung einer Entschädigungssumme seien die sozialdemokratischen Wahlmänner erst angereizt worden, zu erscheinen und ihre Stimme im Saal der Geldgeber (!) abzugeben. Es handle sich einfach um Leistung und Gegenleistung. Ein sozialdemokratischer Wahlmann sah im Wahllokal mit einer großen Summe Geldes auf dem Tisch vor sich; das sei eine Lötung für die Arbeiter gewesen, sich auf billige Weise etwas zu verdienen. Die Breslauer Vorgänge seien der Anfang einer Korruption, der Anfang eines Systems, wie es sich in andern Ländern entwickelt habe, das wir aber in Deutschland auf keinen Fall großziehen dürfen.

Natürlich mußte auch der unternehmliche Abg. Dr. Arendt seinen Sinn dazu geben. Seine Rede war eine fortgesetzte Herte wüster Schimpereien über Geschäftssozialismus. Offenbar giebt Herr Arendt aus den Erfahrungen, die er in seiner Umgebung gemacht hat, Schlüsse auf andre Parteien.

Für Ungültigkeit sprach sich auch Abg. Dr. Sattler (nat.) und die Abg. Dr. Forst und de Witt vom Centrum aus, die allerdings eine direkte Wahlbeeinflussung in der Zahlung von Geldern nicht erblickten, sondern darin nur eine Maßregel sahen, die geeignet ist, eine Wahlbeeinflussung herbeizuführen.

So werden denn in Breslau in nächster Zeit Neuwahlen für den Landtag stattfinden. Allerdings werden die Konserwativen sich täuschen, wenn sie glauben, durch diese gewalttätige Ungültigkeitserklärung etwa drei neue Mandate erobern zu können.

Zwangserziehung Minderjähriger.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Herrenhauses stand u. a. die Beratung des Kommissionsberichts über den Gesetzentwurf betr. die Zwangserziehung Minderjähriger. Von einer Generaldebatte nahm das Haus, das sich über die Notwendigkeit einer solchen Vorlage einig ist, Abstand. Auch die Specialdiskussion drehte sich so gut wie gar nicht um den Zweck des Gesetzes; einzig und allein die Frage der Kostenverteilung war es, über die sich die „Edelsten und Besten“ ihre erlauteten Köpfe zerbrachen.

Ein längere Erörterung knüpfte sich an den § 10, an dem die Kommission eine wesentliche Änderung vorgenommen hat. Nach der Regierungsvorlage sollte die Unterbringung der Jünglinge nicht in einem Arbeitshause oder Landarmenhanse erfolgen dürfen. Statt dessen hat die Kommission beschlossen, daß die Unterbringung in eine derartige Anstalt zulässig ist, vorausgesetzt, daß die Jünglinge das schulpflichtige Alter zurückgelegt haben und daß Einrichtungen getroffen werden, welche eine vollständige und dauernde Fremdung von den übrigen Häftlingen sicherstellen. Vergewaltigten traten die Oberbürgermeister Struermann (Hildesheim) und Vender (Dresden) sowie Herr von Dieß für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein, indem sie treffend ausführten, daß durch den Kommissionsbeschluß der Zweck der Besserung völlig vereitelt werde. Den Kindern werde Zeit ihres Lebens der Mangel des Aufenthalts in einem Arbeitshause anhaften, sie würden dadurch mit einem tiefen Haß gegen die ganze Welt erfüllt. Diese Gründe waren nicht durchschlagend, da die übergroße Mehrzahl des Hauses charakteristischerweise die Kostenfrage in den Vordergrund rührte. Wegen der Verrohung der Jugend wollen sie per se Maßregeln ergreifen, nur darf es bei Leibe nichts kosten; deshalb dürfen die Provinzen nicht verpflichtet werden, neue Anstalten zu errichten. So gelangte denn die Kommissionsfassung zur Annahme.

Auch bei § 15 entstand eine Debatte um die Kostenfrage. Nach der Regierungsvorlage sollten die Kommunalverbände für die Kosten der Zwangserziehung aus der Staatskasse einen Zuschuß in der Höhe der Hälfte dieser Ausgaben erhalten. Die Kommission hat mit Zustimmung der Regierung den Zuschuß auf zwei Drittel erhöht. Aber damit sind die Herren noch lange nicht zufrieden. Es war ergötzlich, wie sie unter Führung des Grafen v. Helldorf die

Regierung um erhöhte Dotationen für die Provinzen förmlich an-
betreten und lange Klagen über die Notlage der östlichen Pro-
vinzen anstimmten. Herr v. Mikael hatte einen schweren Stand, er hat
die Begehrlichkeit dieser Herren gezüchtelt und kann nun die Geister,
die er rief, nicht wieder los werden. Energetisch widerlegte er sich
den allzu großen Anforderungen an den Staatshaushalt, und der einzige
Trost, der den edlen Herren übrig blieb, war die Anerkennung ihrer
Nothlage durch den Kollegen des Herrn v. Mikael, den Minister des
Inneren Herrn v. Helldorfer. Auch ein Zeichen für die Einheits-
lichkeit seiner Regierung, daß ein Minister seinem Kollegen vor ver-
sammeltem Hause widersprechen darf!

Schließlich nahm das Haus einstimmig eine Resolution
an, in der die Regierung aufgefordert wird, womöglich
schon in der nächsten Session dem Landtag einen Gesetzentwurf vor-
zulegen betreffend eine erhöhte Dotation der Provinzialverbände,
welcher der Leistungsfähigkeit der einzelnen Verbände mit den ihnen
durch die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte auferlegten neuen
Lasten Rechnung trägt.

Der Gesetzentwurf gelangte in der Schlussabstimmung ebenfalls
einstimmig zur Annahme.

Am Donnerstag beginnt die Staterberatung.

Deutsches Reich.

Aus der Jesuitenfrage.

Die „Germania“ verweist sich dagegen, daß ihre Partei in der
Flottenvorlage „ratlos“ sei, und sagt:

„Auch materiell hat das Centrum sofort die Führung
in der Flottengesetz-Vorlage übernommen, indem es den bereits
mitgetheilten, von seinen sämtlichen in der Kommission thätigen Mit-
gliedern unterzeichneten Antrag einbrachte und damit den Beweis
lieferte, daß es keineswegs „ratlos“ ist, sondern sich die
Sache wohl überlegt hat und eine ganz bestimmte
Stellung zu nehmen gewillt ist.“

Wir pflichten der „Germania“ bei: das Centrum hat sich die
Sache überlegt und will eine ganz bestimmte Stellung zur Flotten-
vorlage einnehmen. Vorläufig aber verrät das Centrum keinen
Rathschluß, welches die bestimmte Stellung ist, die es einnehmen
gedenkt. Vorläufig haben die Redner des Centrums in der Budget-
kommission nur das eine mit Bestimmtheit geäußert, daß sie
jetzt noch nichts Bestimmtes sagen können. Vorläufig erklärt
jeder der Herren, daß keine Aeußerungen nur als persönliche
Gelegenheiten, oder die Fraktion in keiner Weise verpflichten.

Eine bestimmte Stellung hat von den Centrums-
mitgliedern nur Herr Rönne ausgesprochen. Er ist Gegner
der ganzen Vorlage, wie er 1898 Gegner des Flottengesetzes
war. Von den anderen Herren dürfte Prinz Kriegerberg
zu den unbedingten Freunden der Vorlage zu rechnen sein,
während die Abg. Müller, Falda und Gröber das eigentliche
Ziel des Centrums veranschaulichen, indem sie eine der Vorlage
feindliche Rede mit einer weniger feindlichen und einer dritten,
ziemlich unfeindlichen mäßig abwechseln lassen. Die Herren er-
innern an jene Pflichten, welche die vom zum Schwur erhobenen
Ringer durch die andre Hand hinter dem Rücken wettmachen.

Wenn man trotzdem den Versuch machen will, die zu er-
wartende Stellungnahme der ausfallgebenden Partei
vorauszusagen, so scheint es, als werde das Centrum in seiner
Rechtzeit für die Verrechnung der Schnäfflotte eintreten, dagegen
die Auslandsfronzen zukünftiger Entscheidung vorbehalten. Ferner soll
wohl versucht werden, die Lebensdauer der kleineren Fronzen länger zu
bestimmen. Auch über die Deckungsfrage hofft man auf Verständigung
mit der Regierung.

Die agrarischen Waiffe-Spekulanten. Die bändlerische
„Deutsche Tageszeitung“ will seit der Veröffentlichung des neuen
Flotten-Gesetzentwurfs etwa 400 Zuschriften über das Flottengesetz
erhalten haben. Von diesen 400 Zuschriften haben sich nur etwa 10
unbedingt zustimmend zur Flottenfrage ausgesprochen,
während fast die Hälfte auf einem unbedingten ablehnenden
Standpunkt stand. Die anderen Zuschriften, die also die kleinere
Waiffe bilden, sprechen sich dahin aus, daß einer Flotten-
vermehrung erst dann zugestimmt werden könnte, wenn unbedingte
Sicherheiten dafür geschaffen wären, daß die berechtigten Forde-
rungen der Landwirtschaft Erfüllung fänden. Das Blatt
fügt hinzu, daß die unbedingten ablehnenden oder nur bedingt zu-
stimmenden Zuschriften nicht nur von Landwirten, sondern auch aus
städtischen Kreisen stammen, und daß ihre Abfederung zum Teil den
ältesten und ersten Familien des Landes angehören und im
Heere hohe Stellungen eingenommen haben.

Die Agrarier wollen, wie man sieht, ihren „patriotischen Opfer-
mut“ zu höchsten Preisen verkaufen.

Hinausgeschoben. Der Bund der Landwirte hat den national-
liberalen Reichstags-Abgeordneten Hg. Ellersdorf aus dem
Bund ausgeschlossen. Er hatte sich als Förderer des Bundes liberale
Sprüche gestattet. Die „National-Zeitung“ bemerkt dazu: „Herr
Hg. gegen seinen Willen aus dem Bunde entfernt; ob seine
politischen Bestimmungsgenossen, welche dem Bunde noch angehören,
ihrerseits die Konsequenz ziehen werden, bevor es ihnen ebenso wie
Herrn Hg. ergeht, muß abgewartet werden.“ — Das liberale Blatt
stellt sich, als ob es immer noch nicht wüßte, daß ein rechter National-
liberaler nie in als Konsequenz zieht.

Die Intelligenz der Unternehmer wird von den „Neuesten
Nachrichten“ sehr niedrig eingeschätzt. In dem Leitartikel ihrer
Vorgangsangebe vom Mittwoch beschäffigen sie sich mit dem offiziell
bisher noch nicht bekannten Beschlüssen der Gewerbe-Ordnungs-
Kommission. Sie wenden sich natürlich mit den allbekanntesten hoch-
müthigen Redensarten gegen jeden Plan, den Arbeitern durch irgend eine
offizielle Organisation wirkliche Gleichberechtigung zuzugestehen; nur
eine richtig verstandene Gleichberechtigung wollen sie ihnen zu-
gestehen, was, aus dem Schweinebürgerlichen Jargon ins Deutsche
übersetzt, die unbedingte Herrschaft des Kapitalismus bedeutet.

Selbst die von den ultramontanen und nationalliberalen „Ar-
beiterfreunden“ den Arbeitern zugedachte Organisation in Arbeits-
ämtern etc., in denen Arbeiter und Unternehmer in gleicher
Rolle in einer mit irgend welchen wer weiß wie gering-
fügigen Befugnissen angeordneten Körperschaft zusammen-
gefügt, scheint ihnen schon bedenklich, denn auch dort wären
die Arbeiter nicht vor den gefährlichen sozialdemokratischen Einflüssen
geschützt — und die Annahme, daß, wenn erst einmal die beiden Teile
in einer gemeinsamen Organisation zusammengeschmiegelt seien, das
intellektuelle Uebergewicht der Arbeitgeber der sozialdemo-
kratischen Einflüsse leicht überwinden würde, scheint uns auf
einem unbegründeten Optimismus zu beruhen.

Soweit diese Bemerkung ein Urteil enthält über die Unfähigkeit
der Kapitalisten, die Sozialdemokratie geistig zu überwinden, stimmen
wir den „Neuesten Nachrichten“ — ein gewiß seltenen Fall — unein-
gestimmt zu. Das können wir uns so beruhigen, als wir darin
die Bestätigung einer bei uns schon längst feststehenden Ueber-
zeugung aus dem Munde eines in dieser Beziehung durchaus
Wissenden sehen müssen; urteilt er doch nur über seine eignen Auf-
traggeber.

Das Kompromiß in der Fleischbeschaufrage wird, wie zu er-
warten war, zu Stande kommen. Die Agrarier verzichteten auf das
Einkaufsverbot für Fleisch und nehmen, was sie kriegen. Der Vor-
stand der österreichischen Landwirtschaftskammer hat sich in diesem
Sinne bereits geäußert.

Daran ändert sich nichts, daß die Konservativen, ihrer Manier
gemäß, vorläufig noch probe thun. Die „Konf. Korresp.“ bestätigt,
daß die Konservativen folgende Interpellation im Abgeordnetenhaus
eingebracht haben:

„Ist der Herr Ministerpräsident bereit, darüber Auskunft zu
geben, in welcher Weise er seitens in der Sitzung des
preussischen Abgeordnetenhauses vom 27. April 1898 abgegebenen
Verprechen bezüglich der Fleischbeschau im Deutschen Reich
gegenüber den jetzigen Beschlüssen des Reichstags nachzukommen
gedenkt?“

Unter dem „Verprechen“ verstehen sie die Zusicherung der
gleichen Behandlung des in- und ausländischen Fleisches. „Wenn
unkontrollierbare Produkte wie Schinken und Wurstfleisch anstandslos
ins Land gelassen werden sollen, während im Inlande eine strenge
Kontrolle stattgefunden hat, so muß dies als eine Begünstigung der
Auslandsproduktion angesehen.“

Sie werden sich trotzdem mit dem halben Fleischwucher begnügen,
wenn ihnen der ganze verweigert wird.

In der Fleischbeschau. Aus Braunschweig erhalten wir das folgende
Privattelegramm: In braunschweigischen Landtage beantragte Witt-
woch der Großgrundbesitzer Lambrrecht, die Regierung solle im
Bundesrat beim Fleischbeschau-Gesetz für gleiche Behandlung des
Inlands und Auslands eintreten. Handelskammer-Präsident
Jüdel bezeichnete die Kommissionsbeschlüsse des Reichstags
als eine wirtschaftliche Schädigung und beantragte, daß
über die hygienischen Erfordernisse hinausgehende Bestimmungen
abgeschwächt seien. Staatsminister von Otto erklärte unter
Verweisung auf die Verfassung, daß die Regierung ihre Un-
abhängigkeit wahren werde. Minister Hartwig teilte mit, daß
der braunschweigische Bundesrats-Bevollmächtigte angewiesen sei,
nur hygienischen aber keinen handelspolitischen vom Reichs-
tagler als annehmbar bezeichneten Maßnahmen zuzustimmen. Troz-
dem wurde schließlich der Antrag Lambrrecht von der agrarischen
Mehrheit angenommen, der Antrag Jüdel abgelehnt.

Die Reichspräsidenten des Reichsgerichts wird längst nicht
nur von den Laien, sondern auch von den Juristen für keineswegs
einwandfrei gehalten. So wird auch das neueste Urteil öffentlich
ungebillig erscheinen, das von dem höchsten Gericht in Sachen des
„All-Redaktions“ Wehring gefällt worden ist. Die schon tele-
graphisch mitgeteilt, hat das Reichsgericht die Revision Wehrings
verworfen und der Schriftsteller nun nun, weil er gegen den § 166
gestreift haben soll, sechs Monate in Wädgen zu bringen. Wir
haben die Angelegenheit seiner Zeit wiederholt besprochen. Das
Urteil des Reichsgerichts macht sie nun noch merkwürdiger. Die
Berliner Strafkammer hatte den angeklagten von Wehring be-
schimpften Jesuitenorden für eine Einziehung der katholischen
Kirche erklärt. Der Reichsanwalt selbst bezeichnete
diese Auffassung als rechtsirrthümlich und plädierte für Aufhebung
des Urteils erster Instanz. Dennoch verwarf der Senat die Revision,
da der, allerdings zweifelhafte, Rechtsirrtum hinsichtlich des Jesuiten-
ordens keinen Einfluß auf das Urteil gehabt habe.

Wenn man bedenkt, daß das Urteil erster Instanz weitlich auf
der Voransicht beruhte, daß der Jesuitenorden eine Einziehung
der katholischen Kirche sei, so hätte, nachdem das Reichsgericht diese
Voransicht als einen Rechtsirrtum anerkannte, die Auf-
hebung des Urteils zweifellos erfolgen müssen. Das Reichsgericht
aber hat überhaupt wenig Reue, namentlich nicht bei Prozessen
politischen Charakters, Urteile aufzuheben.

Die Einzelkanten gegen die lex Heinze. Wie von der
bairischen, so wird auch von der badischen Regierung berichtet, sie
würden gegen die Mehrheitsbeschlüsse zur lex Heinze kämpfen.
Verbündlich sind diese Mittelungen natürlich nicht!

Unzuchtig, ohne die Fremdlinge zu verletzen. Aus
Kempten wird berichtet: Die Strafkammer verurtheilte den Kaplan
Ed. Schön von Seifriedsberg wegen forschlehter Verbrechen wider
die Sittlichkeit, begangen an Konfirmandinnen, zu zwei
Jahren Gefängnis.

Ist der fromme Mann durch die moderne Kunst so verderbt
worden? —

Ein offizielles Warenhaus mit internationalem Charakter
wird in Schweiburg etabliert. Nach der „Westf. Zeitung“ plant
Miquel Vertranter und der Urheber des Flottengesetzes die
Heranabgabe einer neuen wirtschaftlichen und diplomatischen Kor-
respondenz, die gleichzeitig in mehreren Hauptstädten und in mehreren
Sprachen erscheinen soll.

Die Handelspolitik der „offenen Thür“ in China.

Neuerdings werden einige Mitteilungen verbreitet über Ver-
handlungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit den
europäischen Mächten wegen der Politik der „offenen Thür“ in
China. Der Notenwechsel erstreckt sich auf die Zeit vom 6. Sep-
tember 1899 bis zum 20. März 1900 und beginnt mit einer vom
Staatssekretär Hay an die amerikanischen Votschafter im Auslande
erlassenen Note, in welcher der Wunsch der Vereinigten Staaten zum
Ausdruck gebracht wird, daß die Märkte in China dem Handel
der ganzen Welt geöffnet werden, um auf diese Weise
gefährlichen Verwicklungen vorzubeugen, und in welcher gleichzeitig
zur Abgabe einer Erklärung in diesem Sinn aufgefordert wird, um
eine gemeinsame Aktion der Mächte in Bezug zur Aufrechterhaltung
der Integrität Chinas zu beschleunigen. Als die amerikanische Vot-
schaft in Berlin der deutschen Regierung die betr. Note unterbreitete,
wies sie hin auf die bereits von Deutschland abgegebenen Versicherun-
gen, daß die aus den Verträgen hervorgehenden Vorrechte
Amerika gewährleistet werden sollten, und fügte hinzu, daß von
Deutschland die erwünschte Erklärung gewünscht werde, weil zwischen
deutschen und englischen Staatsangehörigen erste Streitigkeiten
ausbrechen könnten, welche die amerikanischen Interessen schädigen.
Der amerikanische Votschaftssekretär in Berlin Jackson telegraphierte
am 4. Dezember seiner Regierung, daß Deutschland sich der Abgabe
der gewünschten Erklärung nicht widerege.

Graf Walow ließ später eine schriftliche Antwort an die Regie-
rung in Washington gelangen, in welcher er die dem Votschafts-
sekretär Jackson abgegebene mündliche Versicherung bestätigte. Auf-
land antwortete auf die Note der amerikanischen Regierung, daß es
mit Freuden auf den Vorschlag eingehe. Frankreich und die übrigen
Mächte antworteten in denselben Sinne. Am 20. März
schreibt dann Hay den Votschaftern, daß die Vereinigten Staaten,
nachdem ihr Vorschlag von allen Mächten angenommen worden sei,
die Antwort einer jeden als definitiv und endgültig ansehen.

In der oben erwähnten, seitens Deutschlands schriftlich erteilten
Antwort heißt es:

Deutschland habe von Anfang an in dem ihm unterstehenden
Gebiet in China die vollkommene Gleichheit der Behandlung
aller Nationen betreffend Gewerbe, Schifffahrt und Handel
nicht allein aufgestellt, sondern auch thatsächlich durchgeführt. Deutsch-
land denke nicht daran, künstlich von diesem Grundsatz abzu-
gehen, der zugleich jede Beeinträchtigung oder Benachteiligung
seiner kommerziellen Behandlung amerikanischer Bürger aus-
schließt, so lange Deutschland hierzu nicht durch Erwägungen
der Nothwendigkeit infolge des Abweichens anderer Regierungen von
diesem Grundsatz gezwungen werde. Wenn daher die andern an
der gewerblichen Entwicklung Chinas interessierten Mächte willens
seien, die gleichen Grundsätze anzuerkennen, so könnte dies der
deutschen Regierung nur erwünscht sein, welche in diesem Fall auf
Erfuchen gern bereit sein werde, mit den Vereinigten Staaten und
den andern Mächten an einem Abkommen teilzunehmen, durch welches
gegenseitig die gleichen Rechte gesichert werden.

Ausland.

Die Wiener Wahlreform.

—st— Wien, 27. März.

Der niederösterreichische Landtag, der Ständel-Landtag, ist gestern
eröffnet worden, und als Präsident für die antiklerikalen Schimpf-
bolde hat die Regierung Körber gestern die Sanktionierung
der vom Landtag vorigen Monat residierenden Wahlordnung
für die Stadt Wien verklärt. Damit findet eines der
schwierigsten Kapitel der innerösterreichischen Geschichte seinen vor-
läufigen Abschluß. Man erinnert sich noch des Entrüstungsturms,
den das elende Maßwerk, als es der Landtag im Mai vorigen
Jahrs zum erstenmal beschlossen hatte, in allen Kreisen entsetzte.
Weber ihm noch klar dachten insolge dessen auch nur in ent-
ferntesten daran, dem Wechselbald dieser Reform Leben einzuflo-
hen. Da wurde im Dezember vorigen Jahres Herr v. Wittel
als Amt berufen und zwar mit der genau bezeichneten

Aufgabe, den Rest des Ausgleichs mit dem § 14 ins
Leben zu setzen. Die zwanzig Tage seiner Ministerthätigkeit demgte
nun Herr v. Wittel — ein Minister, der zu der Kategorie österreichischer
Beauten gehört, die „zu allem fähig sind“ — um die Gesetzgebung
jenes schon begrabenen Beschlusses durchzuführen! Am selben
Tage, an dem das Ministerium Wittel aus dem Amte entlassen
wurde, richtete sein Leiter des Ministeriums des Innern — ein
Sektionschef, der für diese Intrigue bereits befördert worden ist —
an den niederösterreichischen Landesauschuss einen Erlaß, worin einige
Punkte des Landtagsbeschlusses beanstandet, in Form dieser Ver-
anstandung aber die Sanktion zugesichert ward! Mit der nachfolgenden Regierung die Hände zu binden, wurde
in einem der wichtigsten Punkte — die Einziehung der Zensiten
der Personal-Einkommensteuer — ein Zugeständnis von vorn
herein gemacht, dem Landtag „ohne weiteres“ zugestanden,
daß er den Census aus dieser Steuerergattung so festsetzen dürfe als
bei den andern Steuern, durch welche Erhöhung die Arbeiter ihres
Wahlrechts im dritten Wahlkörper durchweg beraubt werden! Der
verantwortliche Regisseur dieser über alle Maßen häßlichen Komödie
ist aber wahrscheinlich nicht Herr v. Wittel gewesen, im Gegentheil
besteht der dringende Verdacht, daß Herr v. Körber seinen Vor-
nam angehängt hat, ihm nicht nur den Verfassungsverbruch,
sondern auch diese penible Sache vorzuerlegen! Man wird zu diesem
Verdacht nicht bloß aus der allgemeinen Charakterverfassung des
Herrn v. Körber gedrängt — eines Mannes, der falsch ist bis in die
Knochen — sondern nicht minder aus der Art, wie er später auch
jene Forderungen stellen ließ, die in dem erwähnten Erlaße fest-
gelegt worden waren.

Die Wahlreform wird also Gesetz werden und ihre Wirkung
wird eine Festigung der schon sehr erschütterten christlich-socialen
Regierung sein. Diese Partei, die an Macht, Verlogenheit
und Schlichtheit nicht ihresgleichen hat, wird von oben nur deshalb
gefördert, weil sie als Stütze des mysteriösen Patriarchismus gilt, der
nie etwas anderes war und nie etwas anderes sein kann als ordinärer
Byzantinismus. Diese Partei ist es, die Gemeinderat, Landtag und
Reichsrat schon ruinirt hat, von ihr vornehmlich rührt der abscen-
dliche Niedergang des österreichischen Parlamentarismus her. Das
hält natürlich die österreichischen Mächtler nicht ab, einem Gesetze
die Zustimmung zu geben, das keinen andern Zweck verfolgt, als der
Partei, deren Ungezogenheiten in ganz Europa verächtlich geworden
sind, auf Jahre hinaus die Herrschaft über die Hauptstädte des Reichs
zu sichern! Die Geschichte dieser Wahlreform ist eben wieder ein
Beispiel jener alten Wahrheit, daß die Götter den mit Blindheit
schlägen, den sie verderben wollen. Und Österreich wolle sie ver-
derben.

Wien, 27. März. In der heutigen Sitzung des Gemeinderats
waren die oppositionellen Gemeinderäte nicht er-
schienen. Bürgermeister Dr. Zieger teilte mit, ihm sei eine Reihe
Anträge vorgekommen von Mitgliedern des Gemeinderats zu-
gekommen; er behalte sich vor, mit denselben eine Mißsprache zu
halten, um dieselben zur Zurücknahme des Entschlusses zu bewegen.
Der Gemeinderat genehmigte gemäß dem Referat Ziegers die
Anträge von Grund und Boden im Bereiche der Salzach zum Zwecke
der Errichtung einer zweiten Hochquellenleitung.

Wien, 28. März. Die Berichte des Bürgermeisters Dr. Zieger,
die vorläufigen Gemeinderäte zur Zurücknahme ihrer Mandats-
überlegung zu bewegen, sind gescheitert. Dieselben beharren auf
ihren Entschlüssen.

Schweiz.

Schweizerische Militäransgaben. Bern, 28. März. Der
Nationalrat lehnte mit großer Mehrheit verschiedene An-
träge ab, welche die Beschränkung der Militäransgaben auf eine
bestimmte Summe jährlich sowie die Einschränkung der Ausgaben
für das Heer überhaupt und die Abschaffung der Armeecorps-
Mandver verlangten.

Frankreich.

Das Gesetz betreffend die Frauen- und Kinderarbeit in
den Fabriken ist im Senat zur Annahme gelangt. Einige Groß-
industrielle verjachten, das Gesetz in ihrem Sinne zu „verbessern“;
ihre Forderungen wurden jedoch abgelehnt. Die Einwände der
Herren waren die allbekanntesten: Die Industrie könne diese Belastung
nicht tragen, die „guten“ Arbeiter würden möglichst lange zu
arbeiten, Waddington, ein Industrieller des Seinedepartements, machte
geltend, daß die französischen Produkte durch den Eißtundentag ver-
teuert und damit gegen die ausländischen Erzeugnisse konkurrenz-
unfähig gemacht würden. Der Handelsminister Millerand be-
merkte darauf, daß er verstanden werde, eine internationale
Arbeiterkonferenz herbeizuführen durch eine internationale
Arbeiterkonferenz, ähnlich der 1890 in Berlin
abgehaltenen. Nachdem die einzelnen Punkte mit geringen Ab-
änderungen zur Annahme gelangt, verlegte man eine Vertagung
des Gesetzes herbeizuführen. Dieser Versuch wurde mit 145 gegen
100 Stimmen abgewehrt und sodann das Gesetz durch Hand-
Ergeben angenommen.

Wegen der Abänderungen muß nun das Gesetz nochmals der
Deputiertenkammer gehen, welche es jetzt zweifellos annehmen
wird. In der unumkehrigen Sitzung bestimmt das Gesetz, daß die
Maximalarbeitszeit für Frauen und Kinder 11 Stunden in
2 Jahren 10 $\frac{1}{2}$, in 4 Jahren 10 Stunden zu betragen hat. In
gleicher Weise ist aber auch die Arbeitszeit derjenigen männlichen
Arbeiter geregelt, welche mit Frauen und Kindern zusammen arbeiten.
Die letztere Bestimmung ist für die Bourgeoisie sehr schmerzlich. So
klingt das „Journal de Debats“: In den Augen der Sozialisten be-
deutet dieser Schritt doch nur eine Stappe, ein erster Schritt auf dem
Wege der Regelung der Arbeitszeit für erwachsene Männer. Sie
werden bald den zweiten Schritt thun. Der Senat hat eine he-
dauernswerte Schwäche gezeigt, indem er sie nicht beim ersten An-
lauf zurückdrängte.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. März. Bei den heutigen Gemeinderats-
wahlen in Kopenhagen gewannen die Sozialdemokraten
fünf, die Partei der Linken vier Sitze, so daß jetzt die Radikalen
und Sozialdemokraten drei Viertel der 36 Stadtvorord-
neten-Sitze innehaben.

Rußland.

Von den Maßregeln in Finnland. „Helsingfors Bureau“ meldet
aus Helsingfors: Durch Entscheidung des Generalgouverneurs
von Finnland über einen Antrag der Censurbehörde ist die Zeitung
„Wihurin Sanomat“ für immer verboten worden. Das
gleiche gilt für das Blatt „Päivälehti“, wem dasselbe nicht einen
andern verantwortlichen Redacteur erhält. Die
Censurbehörde hat ferner beantragt, die Aufsichtsberechtigten des
Landtags sowie allgemeinen Landtagsmitglieder einer Censur zu
unterwerfen, bevor sie in den Zeitungen veröffentlicht werden.

Helsingfors, 28. März. Die amtliche „Finnlandska
Gazeta“ meldet die Ernennung des bisherigen Gehilfen des Ober-
staatsanwalts im Kriminaldepartement des dirigierenden Senats
Chrestrom zum Geschäftsführer der finnländischen Kammer des Kaisers
an Stelle des Grafen Kemfeld.

Bulgarien.

Bulgarien und Rußland. Gegenüber dem neuerdings von
England aus lancierten Gerücht, daß Kaiser Ferdinand von
Bulgarien eine russische Großfürstin heiraten und zur orthodoxen
Kirche übertrreten wolle, wird jetzt behauptet, daß das Verhältnis
zwischen dem Kaiser und dem Fürsten keineswegs das beste zu sein
scheine. Die Lage in Bulgarien sei sehr unklar, die Unzufriedenheit
gegen den Kaiser nehme täglich zu, auch Rußland zeige Misstrauen
in die Stabilität der Verhältnisse. Der Kaiser habe daher den
Fürsten vor mehreren Tagen telegraphisch gebeten, ihn in Peters-
burg aufzusuchen zu dürfen, worauf bis jetzt keine Antwort an-
gekommen sei.

Ganz anders lautet jedoch die folgende, der „Södlischen Ztg.“
zugehende Meldung aus Sofia:

Die neugegründete Zeitung „Boscha“ behauptet, zwischen Bulgarien und Bulgarien sei ein geheimes Abkommen zu Stande gekommen, mit folgendem wesentlichen Inhalt: Bulgarien solle zum unabhängigen Königreich erhoben, Mazedonien zwischen Bulgarien und Montenegro aufgeteilt werden; es sollen ferner die bulgarischen und montenegrinischen Truppen in die russische Armee im Kriegsfall eingereiht, der südwestliche Teil des Hafens von Burgas auf fünfzig Jahre als Flotten- und Kohlenstation sowie als Garnisonort an Rußland abgetreten werden; Bulgarien solle von Rußland ein Darlehen von einhundert Millionen Francs erhalten; schließlich hätte Bulgarien sich verpflichtet, alle antirussischen Elemente aus Heer und Verwaltung zu entfernen.

Die „Römische Zeitung“ bemerkt dazu: „Es bleibt abzuwarten, welche Stellung die bulgarische Regierung und insbesondere Fürst Ferdinand dieser sensationellen Enthüllung gegenüber einnehmen werden. Sie klingt zunächst ungläublich, da sie eine Aufhebung der bestehenden internationalen Verträge, insbesondere der im Jahre 1898 zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland getroffenen Vereinbarung bedeuten würde.“

Türkei.

Aktion gegen die Zollserhöhung. Konstantinopel, 28. März. Die Boten der Morgenzeitung werden morgen die Spore einer Kollektivnote überreichen, in welcher gegen die Zollserhöhung und die Anwendung der Konventionaltarif ohne vorherige Verständigung der Mächte eindringlich protestiert wird.

Partei-Nachrichten.

Partei-Pressen. In einer Generalversammlung der Genossenschafts-Ordnung in Solingen, in der unser Parteiblatt „Vergäliche Arbeiterstimme“ hergestellt wird, wurde festgesetzt, daß das Geschäft vorzüglich hundert ist. Es wurde deshalb beschlossen, das Blatt, falls die technischen Vorarbeiten bis dahin beendet sind, schon am 1. Juni täglich herauszugeben.

In die Redaktion der „Volkstimme“ in Mannheim trat außer dem Genossen Eichhorn-Dresden auch der Genosse Wilhelm Pider-Mannheim ein.

Der ehemalige Pfarrer Blumhardt aus Bad Boll, der vor einigen Monaten seinen Eintritt in die Partei erklärte und seitdem eine Anzahl Vorträge gehalten hat, ist, wie die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet, von einer Parteikonferenz als Kandidat des Oberamtes Göppingen aufgestellt worden. Blumhardt hat die Kandidatur angenommen. Obwohl es in der Notiz nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, dürfte es demnach zweifellos sein, daß es sich nur um eine Kandidatur zum württembergischen Landtage handelt und nicht, wie die „Frankfurter Zeitung“ wissen will, um eine Kandidatur zum Reichstage. Denn das Oberamt Göppingen ist zwar ein selbständiger Landtags-Wahlkreis, aber nur ein Teil des 10. württembergischen Reichstags-Wahlkreises. Bisheriger Kandidat des Oberamtes Göppingen war der Gemeinderat Theile-Göppingen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Holzarbeiter haben nach einem uns zugehenden Bericht gestern in zahlreichen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Welsch erfolgte eine Einigung mit den Meistern, ohne daß die Richter-Kommission angerufen wird. Da wo man die Kommission um Vermittlung ersucht hat, wird heute bereits eine gütliche Einigung versucht werden; die Kommission wird zunächst persönlich bei den Meistern vorstrecken. Erfolgt keine Einigung, dann werden am Freitag von der Kommission die Differenzen durch Schiedspruch entschieden. Der erregte Stimmung, die hier und da sich geltend machte, ist eine ruhigere Auffassung der Situation gefolgt.

An die Arbeiterschaft Berlins!

Die Herren-Rahmschneider Berlins befinden sich wegen Erleichterung von Betriebsverhältnissen und Einführung fester einheitlicher Lohnsätze im Ausland.

Die in dieser Branche beschäftigten Arbeiter haben unter der Hausindustrie insofern schwer zu leiden, als die Unternehmer mit Vorliebe diese Betriebsweise benutzen, um ihren Arbeitern die verschiedenartigen Lohnsätze anzubieten und auch den einen gegen den anderen auszuspielen.

Um diesen Mißständen energisch entgegen zu treten, verlangen sie die Durchführung der genannten Forderungen, einerseits um die Schäden, welche die Hausindustrie mit sich bringt, zu beseitigen, andererseits, um für die Zukunft feste Lohnsätze, unter welche nicht herabzugesunken werden darf, einzuführen. Diese genannten Forderungen haben die Vertreter der Gewerkschaften Berlins veranlaßt, ihre Zustimmung zu dem Vorschlag zu geben, damit in diesem so leicht gestellten Gewerbe bessere Zustände geschaffen werden. Wir bitten deshalb die Arbeiterschaft Berlins, sich dem Beschluß der Gewerkschaftsvertreter anzuschließen, und die Rahmschneider nach Kräften zu unterstützen. Witten sind bei den Vertrauenspersonen der Gewerkschaften zu haben und können von diesen im Bureau der Gewerkschaftskommission entgegen genommen werden. Gelder sind nur an A. Körsten, Amsterd. 16 I, vom 1. April Engel-Platz 15 I (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Zur Lohnbewegung der Tapezierer. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wird am Freitagmorgen 2 Uhr zur Verhandlung über den Tapeziererstreik zusammengetreten. Als Zeiger fungieren von den Arbeitnehmern Horner Körsten und Steiniger Knoll, von den Arbeitgebern Gutz und Lutz.

Die Teppich- und Linoleumleger sind zwecks Durchführung des aufgestellten Lohnsatzes in den Ausland getreten. Die Meister, welche für die großen Linoleumfirmen arbeiten, haben sich mit den Gehilfen solidarisch erklärt. Die Anerkennung des Tarifs wurde von den bedeutendsten Firmen abgelehnt und an dessen Stelle ein anderer, mit erheblichen niedrigeren Preisen in Vorschlag gebracht. In der Versammlung, die gestern in den Annushallen tagte, wurde beschlossen, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen werden soll, bis der von der Kommission aufgestellte Tarif bewilligt wird. Es wird erwartet, daß der Streik in kurzer Zeit zu Gunsten der Ausständigen beendet sein wird, weil die Arbeit sehr drängt und Bezug von auswärtig absolut nicht zu befürchten ist. Von der Firma Quantmeyer u. Coe werden völlig ungeübte Hausdiener auch im „Gewerkschaftshaus“ infolge des Ausstandes mit Linoleumlegen beschäftigt.

Lohnbewegung der Brauer. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Unterhandlungen der Brauergesellen mit dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend, betreffs Lohnserhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, zum Abschluß gelangt. Das Resultat wird in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Brauer-Versammlung von Seiten der gewählten Kommission vorgelegt werden. Die Versammlung wird sich namentlich auch über das eigentümliche Verhalten der ringfreien Brauereien zu den gestellten Forderungen beschäftigen.

Abgelehnt hat die Berliner Schlächter-Innung das Begehren der Gesellen auf Abschaffung der Sonntagsbindung und Entlohnung. Im Fleischergewerbe besteht nämlich noch der Brauch, daß die Gesellen nur Sonntags nach der Tischzeit das Arbeitsverhältnis kündigen und lösen können. Die Meister wollen natürlich das alte Verhältnis beibehalten und nicht angetastet wissen, während die Gesellen diese Bestimmung immer mehr als ganz besonders drückend empfinden und sie daher abgeschafft haben möchten. Nachdem nun die Meister den Gesellen in keiner Weise Konzessionen gemacht haben, so muß es selbstverständlich Sache der Gesellen sein, ihre Forderungen zur Geltung zu bringen und diesen mehr Nachdruck zu verleihen. Sie müssen ebenfalls ihre Organisation stärken, denn die Fleischermeister stehen doch auch auf dem Standpunkt der Unternehmer, der da den Arbeitern nur dann

Bergünstigungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren will, wenn sie eben gewerkschaftlich gegeben werden müssen. Den Gesellenausdruck hat die Innung bisher überhaupt nicht so recht für voll angesehen, da ihr bekannt war, daß hinter denselben keine große und feste Organisation der Gesellen steht. Die Stärkung des Verbandes der Schlächtergesellen ist deshalb die erste Bedingung, um Verbesserungen der Lage der Gesellen herbeizuführen.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen folgende Beiträge ein:

Für die Holzarbeiter: Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend 2000.—, Zentralverband der Töpfer, Zahlstelle Berlin 500.—, Verband der Buchbinder, Zahlstelle Berlin 500.—, Glas-schleifer Berlin, Voransch auf Eisen 40.—, Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen 100.—, Glasarbeiter Stralau 50.—, Von den Steinarbeitern d. Wallber 100.—, Zentralorganisierte Banarbeiter Schöneberg 50.—, Arb. d. Strumpfwaren-Fabrik v. Banke 14,25, Auf Eisen Nr. 1005 7,90.—, 1004 Romat 5,05.—, 1005 Rietvieth 3,45.—, 1258 Goltow 4,75.—, 1296 Arb. d. Firma Jochmann 21,65.—, 1051 Bernau 7,65.—, 1904 Fabrik v. Hoffmann, Sebastianstr. 14 16,80.—, 1211 Dähle 9,20.—, 1019 Handre 10,65.—, 1803 Mechanische Werkstatt B. K. Strichmann 12,60.—, 1354 Doppel 6,65.—, 1440 Brauerei-Hilfsarbeiter Germania 10,25.—, 1259 3,90.—, 1257 4,45.—, 1012 5,50. Schirmfabrik von Wendt 15.—, Zellerfammlung der öffentlichen Sattlervermittlung bei Spiegelberg 11,36. Lohnkommission der Bäcker 60.—, Martha Müller 3.—, Ueberblick der Märztagelöhne von Arbeitern von Lange u. Gutz 18,70. Bauarbeiter vom Bau Glogauerstr. 6,60. Pianofabrik von G. Krone 9.—.

Für die deutschen Bergarbeiter gingen ein: Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 100.—, Gileure aus Staltpferd 9 4.—, Personal der Buchdruckerei Pab u. Gutz 15.—.

Für sächsische Bergarbeiter gingen ein: Von den Angehörigen der Firma Pag 5.—.

Weitere Beiträge werden im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Platz 15 I (Gewerkschaftshaus), vormittags 9—1, nachmittags 6—8 Uhr entgegen genommen.

Gelder sind nur an A. Körsten zu adressieren. Die Gewerkschaften machen wir darauf aufmerksam, daß alle Gelder, welche für die streikenden Arbeiter bewilligt werden, der Einheitsliste wegen und der bisherigen Gepflogenheit entsprechend an die Gewerkschaftskommission abzuliefern sind.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Verichtigung. In der Nr. 73 des „Vorwärts“ heißt es über die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter, die Maschinenarbeiter-Kommission sei eine Unterkommission. Dies ist ein Irrtum. Die Kommission ist vollständig unabhängig wie die Kommission der Bantischler.

Deutsches Reich.

Streitverfahren. Die Strafkammer des Hamburger Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors und Majors der Landwehr Dr. Burdach verurteilte den Maurer R. wegen Vergehens gegen § 153 Gewerbe-Ordnung zu 6 Wochen Gefängnis. R. der bei den Verbreitungshandlungen des Jungferntags sogenannter Platz-delegierter war, hatte im Antrage seiner Kollegen einen Maurergesellen Klein, der nicht dem Verband der Maurer, sondern dem Bund der Maurerpolizei angehörte, zweimal aufgefordert, dem Verband beizutreten. Als er das zweite Mal wieder eine verneinende Antwort erhielt, hatte er gesagt: „Dann müssen wir darüber Beschluß fassen.“ Auf Veranlassung der Innung hatte die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, jedoch hatte das Schöffengericht M. freigesprochen. Das Landgericht hob dies Urteil aber auf, indem es sich auf den Standpunkt stellte, in den inkriminierten Worten liege die Drohung mit einer Berufserklärung, die den Zweck haben sollte, den Klein zum Eintritt in den Verband zu veranlassen. Eine Strafe von 6 Wochen wurde erlaßt, weil „dem unerhörten Terrorismus“ der Arbeiter entgegengetreten werden müsse.

Nach diesem Erkenntnis wäre nun die Staatsanwaltschaft in Hamburg gezwungen, gegen den Vorstand des Vereins der Schiffsmaler und Schiffszuganten die Anklage zu erheben, denn diese Organisation hat jedem Steuer die Entziehung der Arbeit angedroht, der nicht den Arbeitsnachweis der Schiffsmaler benützt. Für die Berliner Staatsanwaltschaft könnte die Zwangs-mahregel, die die Holzindustriellen gegen die außerhalb der Organisation stehenden Meister planen, auch Anlaß zu einer ähnlichen Anklage geben. Da bei uns das Recht ganz ohne Ansehen der Person gesprochen werden soll, könnte man eine solche Anwendung des vom Hamburger Landgericht beliebten Rechtsgrundsatzes auch auf die Unternehmer erwarten. Sobald das geschieht, werden wir darüber berichten.

Zu der Fabrik von Dauber in Dresden haben die Böttcher die Arbeit eingestellt.

Vergaberforderungen. In Dortmund fanden am Sonntag zwei Vergaber-Versammlungen für die Fache „Tremonia“ und „Vorwärts“ statt. Verlangt wurde u. a.: Möglichste Ausdehnung der Pöbne, Freiwilligkeit der Uebertrichtungen, anfängliche Behandlung, Ueberlassung guter Brandkohlen zum Selbstkostenpreise, Einrichtung von Verbandshäusern, Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Unternehmungskassen, Verzahlung der Sonntagsgarbei als Doppeltlohn. Die Arbeiter der „Tremonia“ wählten zwei Delegierte, welche die Forderungen der Facheverwalter unterbreiten sollen; da die Fache „Vorwärts“ schon zwei Delegierte auf die Straße geworfen, beschloß die Arbeiter dieser Fache, ihre Forderungen durch den Verband der Verwaltung unterbreiten zu lassen.

Die Schneider in Straßburg i. Elz. fordern die Einführung eines Lohnsatzes. Nachdem die Unternehmer jede Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt hatten, sind die Gehilfen in den Ausstand getreten, an dem 250 Personen beteiligt sind.

Veranstaltungen.

Zum Schneiderstreik. Die Arbeitgeber der Herrenschneider (Majorschneide) hielten Mittwochabend im Hotel Arche, Riederwallstraße, eine Versammlung ab, die sich mit dem ausgebrochenen Ausstand und mit der Gründung eines Arbeitgeber-Verbands befaßte. Von den maßgebenden Firmen waren unter andern vertreten: Hermann Gerson, D. Herz, Bar Sohn, Elroth, Voßmer u. Dünker, Heider u. Jean Jaques (Unter den Linden), S. Kram, Hermann Hoffmann und Weinweber. Der Innungs-obermeister Krause führte zur Kennzeichnung der augenblicklichen Situation aus, daß eine Preisgeber-Kommission bisher vergeblich versucht habe, die Beilegung des Ausstandes herbeizuführen, da die Lohnkommission vorläufig die Vermittlung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts von der Hand weise. Es seien jedoch vier Tarife ausgearbeitet, die bei den Verhandlungen mit den Arbeitern zu Grunde gelegt werden sollten. Verschiedentlich sei zwischen Unternehmern und ihren Arbeitern eine Einigung bereits erzielt gewesen, doch habe die Lohnkommission dazu ihre Zustimmung nicht gegeben. Die Arbeitgeber seien gewillt, den Arbeitnehmern durch Erhöhung der bisherigen Tarifsätze möglichst entgegenzukommen, um den Ausstand baldigt zu beenden, doch sei es absolut nicht angängig, daß wie die Lohnkommission beantrage, jedes Geschäft nur nach einem Tarif arbeiten lasse.

Es folgte hierauf die Beratung der von der Dreizehner-Kommission ausgearbeiteten Tarife, die nach kurzer Debatte gutgeheißen wurden. Zum Schluß erklärten sich die Versammelten mit der Gründung eines Arbeitgeber-Verbands einverstanden. Dieser soll in erster Linie den Zweck verfolgen, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu schlichten.

Eine vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Veredlarbeiter am 26. d. M. in Coburg Saal einberufene öffentliche Versammlung der Möbeltransportarbeiter beschäftigte sich eingehend mit der Frage:

Wie erzielen die Kollegen bei der Frühjahrszeit einen den jetzigen Verhältnissen angepaßten Lohn sowie geregeltere Arbeitszeit? Maximal wies darauf hin, daß die Erzeugnisse, welche die Möbeltransportarbeiter durch ihre Organisation erworben haben, vielfach durch die Wankelmütigkeit der bisher noch fernstehenden Kollegen

illusorisch gemacht werden. Auch die Möbelpediteure versuchen mit allen Mitteln gegen die Arbeiter vorzugehen, man möge daher um so eifriger bemüht sein, das Erzeugnisse festzuhalten. Möbeltransport-Arbeiter-Kammer ging sodann des näheren auf die Trinkgeldfrage ein und unterzog dieselbe einer herben Kritik; er siehe auf dem Standpunkt, daß nur ein auskömmlicher Lohn den Arbeiter vor dem Erbiteln des so verpönten Trinkgeldes schütze könne. Am meisten ist es Sitte, daß der Fuhrherr letzteres in seinen Sädel steckt. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, die im Sinne des Referats gehalten war.

Der Krieg.

General Zoubert ist gestorben. So meldet am Mittwoch der Draht aus Sidakissa. Zoubert war der Oberbefehlshaber der Belagerungsarmee von Ladysmith und galt als einer der fähigsten Vorgesetzten. In der letzten Zeit hatte er kein Kommando und er scheint jetzt an den Folgen einer Krankheit gestorben zu sein, die ihn schon früher zeitweilig genötigt hatte, sich vom Kriegsdienst fernzuhalten.

Ueber die englischen Kriegsoperationen wird heute gemeldet, der Vornarsch Lord Roberts von Bloemfontein nach Norden solle erst in vier Wochen beginnen. Trotz ihrer Erstarrlichkeit klingt die Nachricht aber gar nicht unwahrscheinlich. Mit jedem Tage stellt sich deutlicher heraus, daß Lord Roberts' langes Verweilen bei Bloemfontein keineswegs freiwillig, sondern durch die Unsicherheit seiner rückwärtigen Verbindungen bedingt ist. Größere und kleinere Boerenkommandos umschwärmen die Stellungen der Engländer und stören den Nachschub wie den Telegraphendienst immer empfindlicher, wenige Kilometer von Bloemfontein, am Modder-Rivier, befindet sich ein Boerenlager, ebenso bedrohen die Boeren die Straße von Kimberley nach Paardeberg und damit die Verbindung Lord Roberts mit Kimberley. Die englische Armee bei Bloemfontein wird vielleicht noch Wochen brauchen, ehe sie das Land in ihrem Rücken von feindlichen Truppen gründlich geäubert hat, und so mag es in der That Ende Mai oder gar Anfang Juni werden, bis Lord Roberts gegen Kroonstad und weiter gegen den Waalrivier vorstoßen kann. Für die Boeren bedeutet jeder Tag einen wichtigen Gewinn, nicht allein in rein militärischer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeit von Verschiebungen der internationalen Lage zu ihren Gunsten.

Der General Olivier hat sich vollständig durchgeschlagen. Der Korrespondent des „Reuterischen Bureaus“ telegraphiert aus Kroonstad vom 26. März, er habe erfahren, daß General Olivier sich mit den Streitkräften der Generalen Grobler und Lemmer vereinigte und daß die britischen Truppen sich vom Veevo-Rivier in der Richtung auf Thabanaqu zurückziehen.

Weiter wird gemeldet: Masera, 27. März. Nachdem die englischen Truppen unter Oberst Pilscher sich zurückgezogen hätten, besetzte eine starke Boerenmacht, vermutlich unter Olivier, Ladysmith wieder und nahm eine starke Stellung am Modder-Rivier und Modderpoort ein. Man glaubt, daß den Boeren der Rückzug in der Richtung auf Kroonstad abgebrochen und hält eine Schlacht für bevorstehend.

Die russische Antwort.

Die Veröffentlichung der russischen Antwort auf die Anfrage der Präsidenten Stejn und Krüger ist noch immer nicht erfolgt. Wie der „N. O. R.“ aus St. Petersburg berichtet, habe Graf Murawiew das Memorial ganz im Sinne der Haager Konferenz abgefaßt, was der Zar vollkommen gebilligt habe. Englands Absicht, die beiden Republiken von der Karte zu streichen, finde durchaus nicht Rußlands Zustimmung. Das Memorial befinde sich noch im Kabinett des Zaren und nun wachen sich angeblich von der Zar in ausgedehnte Einflüsse bemerkbar, um mit Rücksicht auf Familien-sympathien die Antwort zu ändern. Falls sie durchdrängen, würde Rußlands Antwort keine besondere Wendung der Dinge hervorrufen.

Lezte Meldungen.

Kroonstad, 27. März. (Telegramm des „Reuterischen Bureaus“.) General Delarey ist an Influenza erkrankt. Das Kommando über die Transvaal-Truppen führt zur Zeit General Smuts. Kommandant Crowther berichtet, er habe Ladysmith wiedergewonnen, nachdem die Engländer sich eine Stunde dort aufgehalten und den Landdrost van Gorkum und den Feldloinet Smith gefangen genommen hatten.

Simonsdorp, 28. März. (W. T. G.) In der vergangenen Nacht ist im Hospital noch ein Boer gestorben. Das ist seit Sonntag der siebente Todesfall. Im Hospital werden dreißig an Masera und fünfzehn an Typhus erkrankte Gefangene behandelt, während auch auf den Transvaal-Schiffen eine große Anzahl von Kranken liegt. Es heißt, die Transvaal-Schiffe würden Ende dieser Woche nach St. Helena in See gehen.

Die Obstruktion in Italien.

Die Äußerste Linke setzt ihren Kampf gegen die verfassungswidrigen „Decreto legge“ mit ungeschwächter Eifer fort. Sie hat befohlen, an das Land zu appellieren und die Einberufung der Konstituante zu verlangen. In der Deputiertenkammer kam es am Mittwoch zu erneuten heftigen Kämpfen. Die Beratung des Antrags Cambray-Dignat wird bei sehr unruhigem Hause wieder aufgenommen. Der Präsident erteilt Venturi das Wort. Venturi ruft: Nein, nein. Bantano bleibt dabei, das Recht zu haben, seine Tagesordnung betr. Einberufung der Konstituante zu begründen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der Präsident erklärt nur seine persönlichen Erklärungen wiederholen zu können, in denen er seine Ohnmacht zum Ausdruck gebracht, und fügt die Aufforderung an die Kammer hinzu, ihre und des Präsidenten Autorität zu wahren. (Beifall auf der Rechten und im Centrum.) Die äußerste Linke ruft: „Es lebe die Konstituante!“ Hierauf hebt der Präsident die Sitzung auf.

In Neapel finden Studentenunruhen statt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Zur lex Heinze.

München, 28. März. Im Plenum der Kammer der Abgeordneten wollten die liberalen Abgeordneten und der Korreferent für den Kultusetat, Dr. Casselmann, bei der Beratung des Kultusetats die Stellungnahme der bayerischen Regierung zu der lex Heinze zur Sprache bringen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Daller, wollte dies nicht gestatten und da der Ausschuss sich mit 7 gegen 7 Stimmen der Meinung Daller's anschloß, legte Dr. Casselmann das Korreferat nieder. Hierauf wurde nach längerer Debatte, in welcher sämtliche Liberale sowie der Sozialdemokrat v. Bollmar die Uebernahme des Korreferates ablehnten, gegen die bisherige Gewohnheit des Ausschusses das Korreferat an ein Mitglied des Centrum's, Lerno, übertragen. Künze gehören der Referent sowie der Korreferent für den Kultusetat der Centrumspartei an.

Bozen, 28. März. (W. T. G.) Hier und in Meran ist neuerlich Mähe und Schneefall eingetreten.

Paris, 28. März. (W. T. G.) Der frühere Vizepräsident Betti ist heute gestorben.

Peking in China. 4. März 2 Beilagen und Interkalationsblatt.

Reichstag.

178. Sitzung, Mittwoch, den 28. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowski, v. Gohler, Tzipitz.

Die dritte Etatsberatung wird mit der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, Kapitel Reichs-Gesundheitsamt, fortgesetzt. Die gestern abgebrochene Diskussion über die Resolution der Abg. Rembold (C.) u. Gen. soll wieder aufgenommen werden. Die Resolution verlangte Revision der Vorschriften über Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Insbesondere soll vor Anordnung der Sperre eines Orts, einer Feldmark oder eines sonstigen Sperrgebiets und des Markverbots die Notwendigkeit aufs sorgfältigste geprüft und jede Verzögerung bei Aufhebung dieser Maßregeln vermieden werden.

Abg. Dr. Böckel (Ant.) beantragt, hinter den Worten „aufs sorgfältigste“ einzufügen „unter Zuziehung von Landwirten“.

Abg. Werner (Ant.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage mit Rücksicht auf die rechtzeitige Fertigstellung des Etats die Abschaffung dieses Gegenstands von der Tagesordnung. Mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit der Materie bitte ich aber den Herrn Präsidenten, den Gegenstand für eine der ersten Sitzungen nach den Ferien auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Abg. Rembold (C.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) schließen sich diesem Wunsch an.

Präsident Graf Ballestrem sagt möglichste Berücksichtigung des Wunschs des Abg. Werner zu.

Der Reichstag beschließt darauf diesem Antrag Werner gemäß. Der Rest des Etats des Reichsamts des Innern wird debattelos genehmigt.

Es folgt die Beratung des Militär-Etats.

Beim Titel „Kriegsminister“ kommt

Abg. Dr. Jagzewski (Pole).

auf die Erklärung des Kriegsministers in der 2. Lesung betreffend das Verbot polnischer Soldaten zurück und fragt an, wie weit die Verhandlungen mit dem katholischen Feldpropst gediehen sind.

Kriegsminister v. Gohler erwidert, daß Verhandlungen mit dem Propst eingeleitet sind, um Mißverständnisse aususchließen, wie sie hier und da vorgekommen sind. Ein Gewissenszwang sei in der Armee nie geübt und werde auch nie geübt werden.

Abg. Dr. Vachnide (fr. Sp.): Die Erklärung des Herrn Kriegsministers über die Zukunft der deutschen Festungen hat in vielen Kreisen lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Ähnliche Zustände, wie sie der Herr Kriegsminister für Mex anerkannt hatte, sind auch in Spandau vorhanden. Die Industrie nimmt dort einen immer größeren Aufschwung. Es liegt im Interesse der Stadt und der Bevölkerung, die Rayonbeschränkung nach Möglichkeit zu beseitigen.

Kriegsminister v. Gohler: Ich gebe zu, daß die Zustände in Spandau unhaltbar sind. Ich habe bereits Sr. Majestät darüber Vortrag gehalten, und Sr. Majestät haben mich ermächtigt, mit der Stadtgemeinde in Verbindung zu treten.

Abg. Thiele (Coc.):

Bei der zweiten Beratung des Etats hat mein Freund Kunert den Militärbudget zur Sprache gebracht, der in Halle über alle Lokale und Säle verhandelt ist, in denen die Socialdemokraten Versammlungen abhalten. Inzwischen hatte der Divisionskommandeur sogar die Absicht, auch die Lokale, in denen unser „Volksblatt“ ausliegt, und die Geschäftsleute, die im „Volksblatt“ inserieren, zu boykottieren. Ich bin begierig, ob der Kriegsminister seine Zustimmung auch auf diese Maßnahmen ausdehnen will. Aber auch die Maßnahmen, zu der der Kriegsminister seine Zustimmung schon erklärt hat, ist durchaus zu verwerfen. Das Militär ist angeblich zum Schutz der Bürgerschaft da und darf die wirtschaftliche Macht, über die es verfügt, nicht benützen, um einzelne Geschäftsleute zu boykottieren. Im übrigen war der Boykott der volle Schlag ins Wasser. Der Divisionskommandeur denkt genau so, wie ich mit seiner Maßnahme nichts weiter erreicht als lebhaften Unwillen in der Bürgerschaft und eine Blamage nach außen hin. Der Kriegsminister sollte dafür sorgen, daß in Zukunft solch maßlose Uebergriffe des Militärs und Eingriffe in das bürgerliche Leben nicht mehr passieren.

Kriegsminister v. Gohler: Ich muß das Vorgehen der Militärbehörde durchaus für gerechtfertigt erklären. Die Kommandobehörde darf nicht dulden, daß die Garnison in Lokalen verkehrt, wo socialdemokratische Versammlungen stattfinden. Die Maßregel hat sich auch als recht wirksam erwiesen.

Abg. Thiele (Coc.):

Die Maßregel ist durchaus unwirksam gewesen, wie ich gesagt habe, ein Schlag ins Wasser. Versammlungssäle sind der Socialdemokratie nicht absperrig gemacht worden. Bei der zweiten Lesung war auch von der Boykottliste die Rede, für welche die Soldaten einen Pfennig zahlen mußten. Der Kriegsminister sagte, die Entnahme der Liste sei eine freiwillige gewesen. Das ist nicht richtig. Jeder nach Halle beurlaubte Soldat hat seinen Pfennig bezahlen müssen. Das Schönste ist, die Boykottliste ist nicht einmal richtig. (Weiterkeit.) Es stehen Restaurants darauf, die schon eingegangen sind, und wieder andre, mit deren Inhabern wir gar nichts zu thun haben. Dagegen fehlen solche, in denen wirklich Socialdemokraten verkehren. Stellt die Militärbehörde schon Boykottlisten auf, so mag sie diese wenigstens richtig aufstellen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Gohler:

Ob in die Liste auch Lokale gesetzt sind, die nicht mehr bestehen, weiß ich nicht. Jedenfalls hat die Liste ihren Zweck völlig erfüllt.

Abg. Hoffmeister (fr. Sp.): Herr Gröber beanstandete in der zweiten Lesung die große Höhe der Summe, die in diesem Jahre für Festungsbauten gefordert wird. Der Herr Kriegsminister erwiderte darauf, die Höhe dieser Summe sei dadurch bedingt, daß in neuerer Zeit die einzelnen Festungen bedeutungslos geworden seien und man größere Festungskomplexe vorziehen müsse. Wenn das so ist, dann bin ich der Meinung, daß die möglichst schnelle Beseitigung überflüssig gewordenen Festungen eine heilige Pflicht des Reichs ist. Für diesen Zweck dürfen keine Opfer zu groß sein. Redner wünscht speziell Rayonerleichterungen für die Festung Glogau.

Kriegsminister v. Gohler: In Glogau liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Spandau und ich bin bereits mit der Stadtverwaltung von Glogau in Verbindung getreten. Ratslich muß aber die Stadt auch Opfer bringen, das Terrain muß bezahlt werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Gröber in zweiter Lesung an. Die nachgeforderten Gelder für die Umwandlung von Festungen seien in den letzten Jahren ganz unverhältnismäßig gestiegen: von sechs Millionen auf zehn Millionen und jetzt gar auf 20 Millionen. Es gehe jedoch nicht an, daß der Reichstag einfach ein Blanco-Check ausstelle, was der Kriegsminister in beliebiger Höhe auszufüllen habe, aber dann vom Reichstag eingelöst werden müsse. Ertrübnlicherweise habe der Kriegsminister in der Budgetkommission gesagt, daß er in Zukunft solche große Summen nicht mehr verlangen werde. Er bitte den Minister, sich dieses Versprechens zu erinnern und möglichste Sparsamkeit walten zu lassen. (Allgemeiner Beifall.)

Der Rest des Militäretats wird hierauf ohne weitere Debatte bewilligt. Es folgt die Beratung des Marine-Etats.

Abg. Nickerl (fr. Sp.):

Es liegen eine Reihe von Petitionen von Danziger Marine-Angestellten vor, die die Budgetkommission als für die Verhandlung

in Plenum nicht geeignet erklärt hat. Ich muß bei dieser Gelegenheit bemerken, daß ich es nicht für richtig halte, wenn, wie es geschehen ist, von der Budgetkommission überhaupt die Beamtenspetitionen für die nächste Zeit als nicht zur Erörterung im Plenum geeignet bezeichnet sind und bitte den Herrn Präsidenten zu erwägen, ob solche Petitionen in Zukunft bei der Ueberlosung der Budgetkommission nicht an die Petitionskommission überwiesen werden können.

Abg. v. Kardorff (Rv.): Die Budgetkommission hat beschlossen, mit Rücksicht auf die erst vor kurzem erfolgte allgemeine Gehaltsregulierung vorläufig solche Petitionen von Beamten nicht zu berücksichtigen.

Abg. Singer (Coc.): Ich halte es für notwendig festzustellen, daß die Budgetkommission diesen Beschluß aus rein sachlichen Gründen eben mit Rücksicht auf die allgemeine Gehaltsregulierung gefaßt hat und nicht etwa das Petitionsrecht der Beamten auf irgend eine Weise berührt wird. Was die Frage anbetrifft, ob diese Petitionen besser an die Petitionskommission überwiesen werden, so würde ich es für praktisch halten, sie der Budgetkommission zu überweisen, da diese am besten in der Lage ist, Vergleiche mit anderen Beamtencategorien zu ziehen.

Abg. Nickerl (fr. Sp.): Ich wollte mich nur dagegen wenden, daß die Budgetkommission beschließt, solche Petitionen für eine gewisse Zeit überhaupt nicht zu berücksichtigen. Wir wären dann gezwungen, die Petitionen in den einzelnen Fällen hier zur Sprache zu bringen und dadurch die Debatte beim Etat zu verlängern.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe bisher die Petitionen im allgemeinen, Petitionen von einzelnen Beamten im Besonderen an die Petitionskommission, Petitionen von ganzen Kategorien von Beamten dagegen an die Budgetkommission zu überweisen. Uebrigens kann nach der Geschäftsordnung auf Antrag von 15 Mitgliedern jede Petition hier im Reichstag zur Sprache gebracht werden.

Abg. Singer (Coc.): Es wird Herrn Nickerl vielleicht interessieren, daß ein erheblicher Teil der Petitionen, die an die Petitionskommission überwiesen sind, von dieser wieder an die Budgetkommission zurückgegangen sind. (Weiterkeit.) Ich betone nur noch einmal, daß der Beschluß der Budgetkommission aus rein sachlichen Erwägungen gefaßt ist und das Petitionsrecht der Beamten nicht beschränkt wird.

Beim Kapitel Naturalverpflegung bringt

Abg. Dr. Certeil (L) zur Sprache, daß die Schiffe „Deutschland“ und „Gefion“ bei ihrer Ausfahrt nach China mit amerikanischem Bäckfleisch für die Mannschaft versehen worden seien. Die Marineverwaltung hat erklärt, daß dies mit Rücksicht auf die Billigkeit des Kontrahenten und die geeigneten Angaben der Marinerverwaltung geschehen sei. Die deutsche Landwirtschaft wird aber durch eine solche Verwendung ausländischen Fleisches verstimmt und nicht nur für, sondern das ganze Volk, das nicht annehmen kann, daß dieses von der Marineverwaltung benutzte Fleisch in sanitärer Beziehung besser ist als amerikanisches Bäckfleisch überhaupt. Gerade jetzt, wo das Fleischschau-Gesetz vor der Thür steht, dürfen wir von der Marineverwaltung verlangen, daß sie ihren Bedarf im Inlande deckt. Allerdings herrscht ja in der Marineverwaltung eine große Vorliebe für die Politik der offenen Thür (Speziell! recht!), in dieser Frage möchte ich aber doch, daß wir diese Politik der offenen Thür nicht befolgen. (Bravo! recht.)

Staatssekretär Tzipitz: Es kann sich hier nur um die Verproviantierung von Schiffen handeln beim Hinübergang aus deutschen Häfen und für die allermeiste Zeit, denn auf der Reise müssen die Schiffe mit dem Vorrat nehmen, was sie bekommen. Thatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß wir den größten Teil an Konerven im Inlande decken, Konerven fremder Provenienz werden für etwa 60 000 M. gekauft. Das ist ein ganz verhältnismäßiger Bruchteil. Uebrigens haben unsere Schiffe Selbstverpflegung. Es wird den einzelnen Schiffen ein gewisses Geldquantum bewilligt, mit dem sie auskommen müssen. Da dies Prinzip der Selbstverwaltung besteht, so kann man den Kontrahenten nicht bestimmte Vorschriften machen, wie es Herr Certeil fordert.

Abg. Dr. Certeil (L): Ich bedauere die Erklärung des Staatssekretärs aufs tiefste. Gerade weil es sich nur um 60 000 M. handelt, kann es auf die paar Mark, die das deutsche Bäckfleisch teurer ist, nicht ankommen. Die Heeresverwaltung weiß die Mengenverhältnisse an, bei deutschen Produzenten zu kaufen. Das muß die Marineverwaltung auch können. Die „Güte“ des amerikanischen Bäckfleisches habe ich einmal an eigenen Leibe erfahren. (Auf links: Darum sind Sie so did geworden! Große Heiterkeit.)

Der Rest des Marine-Etats wird hierauf debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichs-Justizamts.

Beim Titel „Staatssekretär“ fragt

Abg. Böckel (Ant.) an, ob eine Herabsetzung der Anwaltsgebühren in Aussicht stehe und ob der Anwaltszwang beseitigt werden könne. Auch eine Ermäßigung der Gerichtskosten sollte in Erwägung gezogen werden. Die Rechtsprechung habe eigentlich ungenügend zu erfolgen.

Staatssekretär Nieberding: Man wird an die vom Vorredner angeregten Fragen wieder einmal herangehen müssen. Vorkünftig ist es aber noch nicht möglich, denn es muß erst die Wirkung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs nach diesen Richtungen hin abgewartet werden.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt, ebenso der Rest des Justizetats. Auch der Etat des Reichshayamts wird debattelos erledigt. Es folgt der Etat des Reichs-Eisenbahnamts.

Abg. Graf v. Rantz (L)

verlangt die Beseitigung der Annahmeargumente für Auslands-Kohle auf den eisenbahntechnischen Bahnen. Ähnlich liege es mit dem Eisenexport. Die billigen Tarife für exportiertes Eisen haben eine enorme Steigerung der Eisenpreise im Inlande zur Folge gehabt.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz:

Der Reichszentralrat hat eine gemeinschaftliche Erörterung im Bundesrat der vom Vorredner angeregten Fragen für zweckmäßig gehalten. Kurz nach Ostern wird eine Konferenz darüber im Reichs-Eisenbahnamt stattfinden.

Der Rest des Etats wird hierauf debattelos bewilligt, ebenso werden die Etats der Reichsschuld, des Rechnungshofs, des Allgemeinen Pensionsfonds, des Reichs-Zubehörfonds debattelos bewilligt.

Beim Post-Etat erucht

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) den Staatssekretär, bei den Lieferungen für die Postverwaltung mehr die Handwerker als die Großunternehmer zu berücksichtigen.

Staatssekretär v. Boddieski: Jede Oberpostdirektion ist selbstständig befugt, zu entscheiden, woher sie das beste Material bekommt und muß die Firma auswählen, die sich als die billigste erweist, im Interesse der Unterbeamten, die Zuschüsse für ihre Vorkleidungs-ausstattung zu leisten haben.

Abg. Stöder (L). Der Herr Staatssekretär hat mit vollem Recht den Verband der Postunterbeamten, der sich über das ganze Reich erstreckt, verboten. Sehr wünschenswert wäre aber doch die Bildung von Vereinen in einzelnen Bezirken. Die Postbeamten wären für ein Entgegenkommen in dieser Richtung sehr dankbar.

Staatssekretär v. Boddieski: Gegen denartige Vereine, die sich auf einen Bezirk beschränken, habe ich niemals etwas gesagt. Diese Vereine müssen sich aber beschränken auf die Pflege der Geselligkeit. Meine Stellung muß Herr Stöder doch aus meinem bekannten Erlaß klar erkennen haben.

Abg. Stöder: Den Unterbeamten liegt weniger an der Pflege

der Geselligkeit als der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Abg. Zinger (Coc.): Das Bestreben des Herrn Staatssekretärs, den Postunterbeamten jede Verbesserung zur Verbesserung ihrer Lage zu unterlagen, ist ja bekannt. Sie sollen zum willenslosen Werkzeug der vorgezeichneten Verwaltung gemacht werden. (Staatssekretär v. Boddieski schüttelt den Kopf.) Das Kopfschütteln des Herrn Staatssekretärs steht mit den Thatfachen in Widerspruch. (Sehr richtig! links.) Sein Wohlwollen gegenüber den Beamten findet seine Grenze, sobald sie sich gestatten, ihre Interessen selbst wahrzunehmen. Die Stellung des Herrn Staatssekretärs gegenüber seinen Beamten ist die Stellung des wohlwollenden Despotismus. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich würde mich freuen, wenn die Folge der heutigen Anregung des Herrn Abg. Stöder die wäre, daß es den Postunterbeamten ermöglicht würde, sich wenigstens innerhalb der einzelnen Oberpostdirektions-Bezirkel zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenzuschließen, und bitte den Herrn Staatssekretär, in diesem Sinne auf die Postverwaltungen einzuwirken.

Der Postetat wird bewilligt.

Beim Etat zur Einführung des Post-Chefverkehrs erklärt

Reichssekretär Hebe v. Thielmann, daß seitens des Reichshayamts gegenüber den Beschäftigten zweiter Lesung über den Post-Chefverkehr erhebliche Bedenken entgegenstehen. Es wäre zweifelhaft, ob die verschiedenen Regierungen bei Aufrechterhaltung dieser Beschlüsse von der Ermächtigung, den Post-Chefverkehr einzuführen, Gebrauch machen würden. (Aufs links: Wenn nicht, denn nicht. Weiterkeit.)

Der Etat wird bewilligt.

Der Etat der Reichs-Eisenbahnverwaltung wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Es folgt der Etat der Rölle und Verbrauchssteuern. Hierbei beantragt die Abg. Brömel (fr. Sp.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) eine Resolution, den Reichszentralrat zu eruchen, über die Wirkung der Bestimmung des Zolltarif-Gesetzes betr. die Zollfreiheit für Materialien zum Bau, zur Reparatur und zur Ausbesserung von Seeschiffen Erhebungen anzustellen und das Ergebnis derselben dem Reichstag in seiner nächsten Session vorzulegen. Außerdem liegt ein Antrag Baranau (fr. Sp.) vor, den Reichszentralrat zu eruchen, über die Wirkung des Sacharin-Gesetzes Erhebungen zu veranlassen und das Ergebnis derselben dem Reichstag mitzutheilen.

Auf Antrag Böding (natl.) wird die Erörterung der Resolution Brömel und des Antrags Baranau bis nach Ostern verschoben.

Abg. Nickerl (fr. Sp.) kommt auf die bei der zweiten Lesung von dem Abg. Graf Schwerin v. Löwitz erhobenen Angriffe auf die gemischten Transfilager zurück. Er vertritt sich gegen die Behauptung des Abg. Graf v. Schwerin v. Löwitz, daß er ein Gegner der gemischten Transfilager sei. Die gemischten Transfilager seien notwendig im Interesse der Landwirtschaft, des Getreidehandels und der Mühlen.

Abg. Graf v. Altdorff (L) erucht die Regierung um baldige Aufhebung der gemischten Transfilager, die nur der Spekulation Vorkauf leisteten.

Staatssekretär des Reichshayamts Hebe v. Thielmann: Die Ansichten über die gemischten Transfilager seien selbst in der konservativen Partei nicht geklärt. Graf Kanitz habe darüber noch vor vier Jahren eine andre Ansicht geäußert. Diesen schwankenden Meinungen könne die Regierung nicht fortwährend nachgeben. Das würde zu großer Unsicherheit führen.

Abg. Graf Kanitz erucht, er habe seine Ansicht vom Jahre 1896 geändert, weil sich die Verhältnisse seitdem sehr geändert hätten. Heute dächten auch die Königsberger und Danziger Transfilager nur der Spekulation.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt, ebenso der Etat des Landwirtschafts-Etats. Der Reichshayamts-Etat wird sodann in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Darauf wird das Gesetz wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Rechnungsjahre 1900 ohne Debatte in dritter Lesung und auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Thiele (Coc.): Es war mir leider geschäftsordnungsmäßig nicht möglich, die Behauptung zu widerlegen, die Herr Arendt gestern in meiner Abwesenheit in Bezug auf den früheren Steiger Hofse in der Rausfelder Gewerkschaft aufgestellt hat. Ich behalte mir diese Entgegnung für die erste sich mir bietende Gelegenheit vor. Heute aber will ich bereits erklären, daß ich meine Angaben trotz der entgegenstehenden Erklärung des Abg. Dr. Arendt im vollen Umfang aufrecht erhalte.

Präsident Graf Ballestrem: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuschießen, Dienstag, den 24. April, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. eventuell 2. Beratung des Uebereinkommens zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Schutze der Urheberrechte an Werken der Literatur, Kunst und Photographie, 2. Erste Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten (Misch-Steuergesetz). Zudem ich den Herren ein frohes, glückliches Osterfest und gute Erholung während der Pause wünsche, schließe ich die Sitzung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

Auch die Beratungen am Mittwoch nahmen einen schnellen Verlauf. Nur die socialdemokratischen Anträge veranlaßten eine längere Debatte. So hatten die Socialdemokraten beantragt, dem Bevollmächtigten der Krankenkasse, der an der polizeilichen Untersuchung des Unfalls teil genommen hat, sowie den etwa notwendigerweise hinzugezogenen Zeugen unter zu Grundelegung des am Orte für ihren Beruf üblichen Lohnsatzes für jeden angefangenen Vohntag den vollen Lohn als Entschädigung seitens der Berufsgenossenschaft zu gewähren. Von der Orts-Polizeibehörde ist die statgefundene Wahrnehmung des Termins zu beschleunigen. Der Antrag wurde jedoch niedergestimmt. Dasselbe Schicksal hatte die Anregung der Socialdemokraten, die dahin ging, den Beteiligten von dem über die Untersuchung aufgenommenen Protokoll sowie von den sonstigen Untersuchungsergebnissen auf Verlangen Abschrift gelassenfrei zu erteilen.

Bei der Feststellung der Entschädigungen traten die Socialdemokraten energisch dafür ein, daß auch die Arbeiter hierzu hinzugezogen werden sollen. Uebrigens war bei der ersten Lesung diesem Verlangen wenigstens einigermaßen Rechnung getragen worden. Die Verletzten sollten das Recht haben, vor der Feststellung der Entschädigung vor der unteren Verwaltungsbehörde unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer ihre Anträge vorzubringen. Bei dem landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetz wurde jedoch die Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer gestrichen, so daß alles in der Hand der unteren Verwaltungsbehörde liegt. Damit hat diese Veränderung den größten Teil ihres Wertes verloren. Die Socialdemokraten schilderten, wie wertvoll gerade in dieser Hinsicht die Mitwirkung der Arbeitervertreter sei, da letztere die hier in Betracht kommenden Verhältnisse vom Standpunkt der Arbeiter am besten übersehen würden. Trotzdem wurden auch diese Anträge abgelehnt und die bei der Beratung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes gefaßten Beschlüsse übernommen. Selbst der Antrag der Socialdemokraten, daß die Beschäftigung über die Feststellung der Entschädigung unter allen Umständen nach

einer mündlichen Verhandlung erfolgen müsse, in der dem Verletzten Gelegenheit gegeben ist, seine Rechte mündlich wahrzunehmen, gelangte nicht zur Annahme.

Erfolgreicher waren die Socialdemokraten mit dem Antrage, daß vor jeder Rentensfestsetzung der den Verletzten behandelnde Arzt zu hören sei, und daß, wenn der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnis steht, der Verletzte berechtigt ist, auf Kosten der Genossenschaft sich ein Gutachten eines andern Arztes zu verschaffen. Der Gedanke dieses Antrags wurde als berechtigt anerkannt und an einer andern Stelle dem Gesetze eingefügt.

Die Socialdemokraten verlangten ferner, daß der volle Wortlaut des ärztlichen Gutachtens dem Verletzten abschriftlich mitgeteilt werden muß. Auch dies wurde verworfen. Um es dem Verletzten unter allen Umständen zu ermöglichen, vor dem Schiedsgericht seine Interessen persönlich zu vertreten, verlangten die Socialdemokraten, allerdings wiederum vergeblich, daß dem Rechtshinweis auf keinen Antrag ein Betrag zugewiesen sei, der zur freien Eisenbahnfahrt von dem Wohnorte des Verletzten bis zu dem Orte des Schiedsgerichts hinreicht.

Bei der Herabsetzung der Rente durch die Berufsgenossenschaft wollten die Socialdemokraten in allen Fällen nicht eine einseitige Entscheidung der Berufsgenossenschaft zulassen, sondern stets ein Urteil des Schiedsgerichts haben.

Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso erging es einem Vorschlage der Socialdemokraten, durch welchen die Arbeiter gegen eine unbedingte Schlichtung seitens der Berufsgenossenschaft geschützt werden sollten. Sie verlangten, daß, falls die Heruntersetzung der Rente durch Willkür oder durch eine auf Verschleppung oder Zerschmetterung berechnetes Verhalten der Berufsgenossenschaft erfolgt ist, der letzteren ein Kostenbeitrag von nicht unter 100 M. auferlegt werden soll. Die Regierung erklärte einen solchen Antrag für durchaus unangebracht, da die Berufsgenossenschaften zu demselben keine Veranlassung gegeben hätten. Aber selbst das Centrum gab zu, daß eine gewisse Einwirkung gegen einen Teil der Berufsgenossenschaften in der That notwendig sei. Trotzdem wurde auch dieser Antrag mit allen gegen die socialdemokratischen Stimmen verworfen.

Alle Bemühungen der Socialdemokraten endlich, demjenigen Rentenempfänger, der seinen Wohnsitz im Ausland nimmt, vor Schäden zu bewahren, scheiterten. Bekanntlich soll das Recht auf die Rente während des Aufenthalts im Auslande ruhen, das heißt also, die Rente wird nicht ausgezahlt. Die Socialdemokraten verlangten in erster Linie wieder, daß die Rente auch während dieser Zeit ausgezahlt wird. Da aber dies Verlangen keine Beachtung fand, so wollten sie wenigstens den betreffenden Arbeiter dadurch schützen, daß erstens der im Ausland überlebende Arbeiter eine Abfindung in der Höhe der kapitalisierten Rente beanspruchen darf, und zweitens, wenn diese Abfindung nicht erfolgt ist, der Arbeiter aber nach Deutschland wieder zurückkehrt, er für die ganze Zeit seines Aufenthalts im Auslande die Rente nachgezahlt bekommt. Von dieser Anregung wurde nur das eine dem Gesetze eingefügt, daß derjenige Arbeiter seine Rente fortbekommen muß, der im Auslande von einem in Deutschland versicherungspflichtigen Unternehmer beschäftigt wird.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Sociales.

Baukontrolle und Bauaufsicht. Aus der mehrfach erwähnten Verordnung der bayerischen Regierung teilt die „Münchener Post“ noch einiges mit, das wir hier wiedergeben.

Zunächst wird für den Beginn eines jeden genehmigungs-pflichtigen Baus und jeder mit einem solchen zusammenhängenden Abbruchsarbeit, und zwar auch im gleichen Umfang für die Platz, eine Anzeigepflicht der Bauherren eingeführt, welche eine ordentliche Baukontrolle ermöglichen soll. Bei größeren und schwierigeren Bauten kann eine Anzeige von nun an auch für den Zeitpunkt der Vollendung der Grundmauer und des Dachstuhls (als für die beiden Hauptabschnitte einer Bauaufsicht, durch die Baupolizeibehörde vorgeschrieben werden. Um im Einzelfall die Ausführung eines Baus durch eine notorisch unzuverlässige Persönlichkeit verhindern zu können, wird der Baupolizeibehörde die Befugnis eingeräumt, bis zur Behebung eines diesbezüglichen Anstandes die Jungenschein- oder Fortführung der Bauarbeiten zu untersagen. Jeder Bauleiter muß künftig die Verantwortung für die Sicherheit der Bauaufsicht durch schriftliche Erklärung übernehmen, damit vorkommenden Falls ein Verschulden leichter festzustellen ist.

Gegenüber dem im Baugewerbe einwirkenden Spekulant- und Strohmännerwesen kann in der Weise vorgegangen werden, daß die Ausfertigung der Pläne von der Entrichtung der betreffenden Gebühren und eines angemessenen Vorkaufes für die Kosten der Baukontrolle, welche dem Bauherren zur Last fallen, abhängig gemacht werden darf.

Die Baukontrolle war bisher nur als Schlussbezeichnung obligatorisch vorgeschrieben, dagegen hatte eine Nachschau während der Bauaufsicht nur nach Thunlichkeit und ohne Berufung besonderer Kosten einzutreten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Art der Kontrolle in keiner Weise mehr ausreicht und daß gerade in einer strengen Nachschau während der Bauaufsicht ein wesentliches Mittel gegeben sei, um Mängel am Bau rechtzeitig zu entdecken und abzuwehren, Baumängel zu verhüten und überhaupt allen Mängeln bei der Bauaufsicht, die das Leben, die Gesundheit oder die Sicherheit gefährden, wirksam entgegenzutreten. Zu diesem Zweck wurde die Baukontrolle nicht nur hinsichtlich des Zeitpunkts, an welchem sie einzulegen hat, sondern auch hinsichtlich der Gegenstände, worauf sie zu richten ist, im öffentlichen Interesse erheblich erweitert und verschärft.

Es wird dann die Zulassung von Arbeitern als Controleure in der bereits mitgeteilten Weise behandelt. Sie sollen „unter Würdigung etwaiger Vorschläge aus Interessentenzirkeln“ von der Baupolizeibehörde ausgenommen, nicht von den Interessenten gewählt werden. Nachdem dann dargestellt worden, daß und warum diese Controleure eine beamtenähnliche Stellung bekommen sollen, heißt es zum Schluß:

„Damit dürfte den von den Arbeitgebern in mehrfachen Versammlungen und Beschlüssen ausgesprochenen Befürchtungen der Boden entzogen sein, während den Wünschen der Arbeiter, deren Wohl und Wehe bei den Baumängeln doch vor allem auf dem Spiele steht, so weit möglich entgegenzukommen wird, ohne daß jedoch damit einer politischen Agitation (1) der Zutritt in das Gebiet der Bauaufsicht eröffnet wird. Es ist zu hoffen, daß mit diesem Verzicht sowohl Behörden und Techniker als auch der Arbeitgeber- und Arbeiterstand in befriedigender Weise sich abfinden mögen, und daß die neuen Maßregeln hauptsächlich dazu beitragen, die beklagenswerten Baumängel auf ein Mindestmaß zurückzuführen.“

Bei dieser Sachlage ist es sehr zweifelhaft, ob bei Answahl der Controleure die Wünsche der organisierten Arbeiter Berücksichtigung finden werden.

Auf eine merkwürdige Erfahrung mit dem bürgerlichen Gesetzbuch wird in der „Socialcorrespondenz“ aufmerksam gemacht. Bekanntlich bestimmt der § 610 dieses Gesetzes, daß der Dienst-

verpflichtete seines Lohnanspruchs nicht verlustig geht, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Gestützt auf diesen Paragraphen haben nun, wie die „Socialcorrespondenz“ berichtet, verschiedene Gerichte Arbeitern, die als Zeugen vernommen wurden, die Gewährung einer Entschädigung für Zeilverweigerung ganz allgemein verweigert, selbst bei Accordarbeitern, auf welche die Anwendbarkeit des § 610 jedenfalls noch nicht durch ein Gerichts-urteil außer Zweifel gestellt ist. Abgesehen davon meinen wir aber, daß es für die Frage nach den erfolgswahrscheinlichen Verlusten eines Zeugen durch die Wahrnehmung des Termins einzig darauf ankommt, welche Verluste der Zeuge tatsächlich hat und nicht darauf, daß er vielleicht die Möglichkeit hat, seinem Schaden auf andre Weise beizukommen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Agitation zur Organisierung der Arbeiterinnen wird in der „Gleichheit“ aus Schlesien berichtet. Die Agitationsarbeit ist dort trotz der zahlreichen Industrieproletarier aufs äußerste erschwert, da die schlecht gelohnten Arbeiter in tiefer Abhängigkeit der Unternehmer stehen, die sich als Sklavenhalter aufspielen. Es ist deshalb dort noch weit schwerer als anderswo, Versammlungskolale aufzutreiben. Zu Festlichkeiten giebt es wohl Lokale, aber nur selten zu Versammlungen. So mußte man sich in Seidenberg bei Görlitz damit helfen, daß die Referentin, Frau Emma Jäger, bei einem Waise eine Festrede hielt. In dem großen Webersdorf Langenbielau mußte man sich mit einem ganz ungenügend kleinen Lokal behelfen. Es wurde in der Versammlung eine Resolution angenommen, in erster Linie für die Organisierung der Arbeiterinnen zu sorgen. In Dorsbach bei Wittenwalderdorf haben die Arbeiter den Saal eines früheren Gasthauses gleich für das ganze Jahr gemietet, zu welchem Zweck die Organisierten monatlich jeder 10 Pf. zahlen. So konnte denn die Versammlung unter lebhafter Anteilnahme der Frauen vor sich gehen. In der Gegend von Landsbut wurde es nur dadurch möglich ein Lokal zu erlangen, daß der Polizei und dem Birte das Thema: „Wodurch leidet die Gesundheit der Menschen“, unverfänglich erschien. Daß gerade die elende Bezahlung und die überlange Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter zerstört, kam den Guten nicht in den Sinn, wohl aber wurde es den fundamenteil herbeigelegten Arbeiterinnen und Arbeitern klar gemacht. Verschiedene der geplanten Versammlungen konnten überhaupt nicht abgehalten werden, weil trotz aller Bemühungen keine Lokale aufzutreiben waren. Die abgehaltenen waren sämtlich sehr stark von Frauen und Mädchen besucht, und sowohl der Beifall, den sie der Rednerin spendeten, wie auch ihre Äußerungen im persönlichen Verkehr ließen erkennen, daß sie der Aufklärung zugänglich sind. Leider wurden aber gar keine Mitglieder für die Organisation gewonnen. Die Arbeiterinnen fürchten alle, daß sie durch den Beitritt zur Organisation die Arbeit verlieren oder sonstige geschädigt werden würden. Es wird noch harter andauernder Arbeit bedürfen, um diese übrigens bei den gegenwärtigen Zuständen nicht ganz unbegründete Angstlichkeit zu bekämpfen. — In Görlitz beschloß die Versammlung, das Gewerkschaftsamt zu beauftragen, daß es eine zur Uebernahme des Vertrauenspostens geeignete Frau aussucht mache.

Ueber Gewerkschaftsvereine und Arbeiterinnen-Organisation sprach kürzlich die Genossin Zieg in dem bürgerlichen Verein „Frauenwohl“ in Hamburg. In dem offiziellen Versammlungsbericht der „Frauenvereinsvereine“ heißt es unter anderem: „Die Rednerin hob hervor, und das wissen wir Hamburgerinnen ihr besonders dank, daß es wohl Gebiete giebt, auf denen die bürgerlichen und socialdemokratischen Frauen zusammen arbeiten können, nämlich da, wo sie sich als Menschen und nicht als Partei gegenüber stehen. Der Verein „Frauenwohl“ wird sich jetzt mit der Arbeiterinnenfrage beschäftigen und seine ganze Kraft einsetzen, den Arbeiterinnen zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

Versammlungen.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbands waren am Dienstagabend in großer Zahl in Kellers Saal versammelt. Nachdem G. L. die Auslegung der Einigungsbedingungen und die Aufgaben der Richter-Kommission erläutert hatte, entstand eine kurze Diskussion. Einige Redner, die schon in den vorhergehenden Versammlungen gegen die Einigung Opposition gemacht hatten, gaben auch hier ihren Unmut über den Ausgang des Streiks Ausdruck und übten Kritik an der Ortsverwaltung. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung nahm diesen Ausführungen gegenüber eine entschieden ablehnende Haltung ein. Die Debatte wurde unterbrochen und zunächst die Wahlen von je 9 Mitgliedern und je 9 Ersatzmitgliedern für die Kommissionen der verschiedenen Branchen vollzogen. Die nunmehr wieder aufgenommene Debatte drehte sich hauptsächlich um die Auslegung der wichtigsten Punkte des Einigungsvertrags. Beschlossen wurde, daß die Streitenden, welche am Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen, auf Unterstützung für Montag und Dienstag verzichten, dagegen werden ihnen die Beiträge für die ganze Dauer des Streiks abgestempelt.

Eine gut besuchte Versammlung der Antifischer und Arbeiter in Zuhrtvertriebsbetriebe tagte am 27. März bei Werner. Werner erstattete den Bericht über den Stand der Lohnbewegung und hob hervor, daß von 35 in Betracht kommenden Firmen bis zur Stunde 23 die Forderungen (27 M. pro Woche für Antifischer und 24 M. für Arbeiter), ohne daß es einer Arbeitswiederlegung gekommen ist, glatt bewilligt haben. Bei zwei Firmen, Thierkauf und Grafen, einigten sich die Beteiligten am 25 resp. 24 M. Drei Firmen, Wöllner, Köhde und A. Wehne lehnten jede Forderung ab, was nur auf das unentschlossene Verhalten der dort beschäftigten Antifischer zurückzuführen ist. Redner kritisiert besonders die Arbeitsverhältnisse bei dem Fuhrherrn A. Wehne. Dieser Herr, der hauptsächlich städtische Arbeiten ausführt, zahlt seinen Antifischen, die mit der Straßen-Reinigungs- und sonstigen, die den Sprengwagen fahren, bei einer täglich 14 stündigen Arbeitszeit einen Wochenlohn von 15 M. — Von 7 Firmen vor ein Versteck noch nicht eingegangen, doch heißt zu erwarten, daß auch diese die Forderung bewilligen werden. In der hierauf folgenden Diskussion wurden hauptsächlich die Mißstände in den verschiedenen Fuhrbetrieben besprochen.

Die Kürschner, Jurichter und Mähenmacher waren am Montagabend im „Säugenhause“ versammelt, woselbst Regge über die Frage: „Welche Vorteile haben wir von dem letzten Winter zu erwarten?“ als Referent sich verbreitete. Redner sagte seine Ausführungen in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde und den Arbeitgebern zugestimmt werden soll, zusammen: In Erwägung, daß die Witterungsverhältnisse des letzten Winters für die Kürschnerbranche günstig waren, ist fast mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die diesjährige Saison — namentlich in der Pelzbranche — eine flotte sein wird. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen die günstige Gelegenheit wahrnehmen, ihre wirtschaftliche Lage gleichfalls aufzubessern. In weiterer Erwägung, daß Erfahrung uns lehrt, daß die Saison auf wenige Wochen zusammengebrängt wird und alsdann an Arbeitsleistung oft unerfüllbare Anforderungen gestellt werden,

begleichen die Arbeitszeit unmenächlich ausgedehnt wird, beschließt die Versammlung, die Herren Arbeitgeber zu ermahnen, diesen Nebelständen dadurch abzuwehren, daß mit der Arbeit rechtzeitig begonnen wird. Es ist nicht menschlich, daß Arbeiter in der kalten Jahreszeit wenig oder gar nicht beschäftigt werden, um alsdann im Hochsommer Tag und Nacht zu arbeiten; die Versammlung hält es für ihre Pflicht, schon jetzt auf diese Mißstände aufmerksam zu machen, zu deren Beseitigung genügend Zeit ist.“

Zeitens etlicher Redner, die sich sonst mit dem Referenten einverstanden erklärten, wird gewünscht, daß vorstehende Resolution auch auf die Mähenbranche ausgedehnt werde, indem unter den „Selbstständigen“ die nötigen Vorarbeiten bereits im Gange sind. Eine weitere Resolution, die die Anwesenden zum Eintritt in den Verband der Kürschner und roge Agitation für denselben verpflichtet, fand gleichfalls einstimmige Annahme. Ueber die Bedeutung der Kaiserfeier sprach ebenfalls Regge unter Beifall; die Versammelten erklärten ihr Einverständnis mit dem Vorschlag des Bureau, am 1. Mai bei Feind, Weinstr. 11, sich zu versammeln, um alsdann die Feier würdig zu begehen.

Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielten am 25. März für die Provinz Brandenburg und Posen eine Konferenz ab. Der Vorsitzende der Agitationskommission, Gustav Schreier, gab den Rapport, der in dem Zeitraum vom 23. Mai 1899 bis 11. März 1900 eine Einnahme von 1518,50 M. und eine Ausgabe von 94,85 M. aufwies. Es folgten dann Besprechungen über Streiks und Agitation, worauf die Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation schloß.

Charlottenburg. Das hiesige Gewerkschaftsamt beschloß in der Sitzung am 23. März, die Kaiserfeier in drei Lokalen abzuhalten. Die Raimarkte wird beibehalten und wundertgleich verbreitet. Sodann wurde einstimmig zum Obmann des Amtes wieder gewählt. In den Ausblick delegierte man Jos. Menge und Reimann. Im Anschluß an den Bericht über die Konferenz der Gewerkschaftsamt-Beisitzer in Leipzig wurde beschlossen, 70 Exemplare des Protokolls dieser Konferenz zu kaufen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kautschukfabrik in Rummelsburg hielten am 25. März eine gut besuchte Versammlung ab, in der Redacteur Reimann über die Frage der Arbeiter in der Kautschukfabrik referierte. Der Redner teilte mit, daß ein Arbeiter in der Fabrik entlassen wurde, weil er in der letzten Versammlung einen Revisor der Kautschukfabrik ungeschminkt die Wahrheit sagte. Man möge sich aber durch die Fragestellung nicht einschüchtern lassen, sondern energisch von der Direktion die Wiedereinstellung des Kollegen fordern. In diesem Sinne gelangte eine Resolution zur Annahme.

Aldershof. Der Socialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein hielt am 22. März eine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes haben im letzten halben Jahr sechs Versammlungen, sechs Vorstandssitzungen und zwei Diskutierabende stattgefunden. Der Rapport weist in Einnahme 377,65 M. und in Ausgabe 200,20 M. auf. Die Bibliothek umfaßt 123 Bände. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: F. Wüthner, zweiter Vorsitzender: H. H. erster Kassierer: E. Neumann, zweiter Kassierer: Jos. Müller, Schriftführer: E. Neumann, Beisitzer: A. Bessermann, Bibliothekare: Gundel und Jäkel, Revisoren: G. Müller und H. Köhde. Zur Einziehung der Beiträge wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern gewählt. Dem Vertrauensmann wurden 50 M., den ausgeperrten Holzarbeitern, Zahlstelle Aldershof, 30 M. überwiesen.

Schmargendorf. Am Sonnabend, den 24. d., fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Jubeil über die Plattenvorlage referierte und unter lebhaftem Beifall die Stellung der Socialdemokratie zu den Marineplänen darlegte. Nach den vor- trefflichen Ausführungen des Referenten wurde die bekannte Protest- resolution einstimmig angenommen.

Marktpreise von Berlin am 27. März 1900

nach Ermittlungen des sog. Polzeipreiskomm. —

Ware	Preis	Ware	Preis			
*) Weizen	15,20	14. —	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1. —	
*) Roggen	14,20	13,70	Rindfleisch	1,60	1. —	
*) Futter-Gerste	14, —	13, —	Dammelfleisch	1,60	1. —	
*) Hafer gut	15, —	14,30	Butter	2,60	2. —	
*) mittel	14,20	13,50	Eier	60 Stück	4, —	2,50
*) gering	13,40	12,50	Kartoffeln	1 kg	2,20	1,30
*) Kaffeebohnen	4,22	4, —	Kahle	—	3, —	1. —
*) Senf	6,80	4, —	*) Zucker	—	2,50	1. —
*) Erbsen	40, —	25, —	*) Mehl	—	1,80	1. —
*) Erbsenbohnen	45, —	25, —	*) Weizen	—	1,80	0,80
*) Bohnen	70, —	30, —	*) Weizen	—	3, —	1,20
*) Kartoffeln, neue	7, —	5, —	*) Weizen	—	1,20	0,80
*) Rindfleisch, Kalb 1 kg	1,60	1,30	*) Weizen	—	1,20	0,80
*) do.	1,20	1, —	*) Weizen	—	1,20	0,80

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsamtern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polzeipreiskomm. für den Doppelcentner.

*) Rindfleischpreise. Am heutigen Frühmarkt fehlte jegliche Unternehmungslust. Umstände können kaum zu Gunde; Preise waren nominal unverändert. Beim Auslande kamen feinerer anregende Nachrichten. Die Preisnotierungen waren in Paris eine Kleinigkeit schwächer, in New York und Chicago noch schwächerem Verlauf zum Schluss erhielt, an den sonstigen Plätzen wenig verändert. Holland war ohne Geschäft. Am hiesigen Platz brachte der Mittagmarkt keine nennenswerte Belebung. Im Viehwirtschaftshandel war Roggen unverändert. Weizen auf niedrigere Notierungen aus Budapest vorübergehend leicht abgedrückt, zuletzt wieder erholt. Effektive Ware war im Preise nominal wie gestern, fand jedoch trotz genügend vorhandener Offerten keine Aufnahme. Bei Schluss des Verkehrs waren Weizen und Roggen auf Notierungen wieder 0,25 M. (schwächer). Hafer war in seinen Sorten gefragt, sonst still, Rind bei stillem Geschäft zwei bis unverändert, nachher etwas schwächer. Spiritus der loco 48,00 (unverändert).

Zahlreicher Schlachtwiechmarkt. Berlin, 28. März 1900. Antifischer Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 630 Rinder, 2567 Kalber, 1585 Schafe, 10.095 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Kilogramm Schlachtwiech in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in M.): 7 Rinder: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte (jeden Alters) 00-00 — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 45-47. — Ferkeln und Kähe: a) vollfleischige, ausgewachsene Ferkeln höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewachsene Kähe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewachsene Kähe und wenig gut entwickelte jüngere Kähe und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Kähe und Ferkeln 45-47; e) gering genährte Kähe und Ferkeln 42-44. — Kalber: a) leichte Maßschäfer (Schlammhauer) und beste Saugkälber 70-72; b) mittlere Maßschäfer und gute Saugkälber 62-66; c) geringe Saugkälber 52-58; d) ältere, gering genährte (Ferkel) 35-38. — Schafe: a) Rohschäfer und jüngere Maßschäfer 61-64; b) ältere Maßschäfer 55-60; c) mäßig genährte Dammel und Schafe (Weizschäfer) 50-54; d) vollreife Niederungs- (Schafe (Lebendgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Massen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 45; b) Käfer 00-00; c) fleischige 44-45; d) gering entwickelte 41-43; e) Sauen 41-43.

Verlauf und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben etwa 160 Stück unverkauft; die Sonnabendpreise waren nur schwer zu erzielen. Der Kalberhandel gehaltete sich langsam. Bei den Schafen fanden ungefähr 1400 Stück. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

„Seeterrasse“ Lichtenberg

Röder-Strasse No. 6.

(Die breite Röder-Strasse verbindet das Steuerhäuschen an der Landsberger Allee mit Dorf Lichtenberg.)

Vergnügungs-Etablissement ersten Ranges, bequem 20,000 Personen fassend.

Eröffnung am 1. Osterfeiertag!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 29. März.
Cyberhaus. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schaubühnenhaus. Der Schrote Siegfried. Siegfrieds Tod. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Wenn wir Laten erwachen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vestling. Was ich erlebte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner Amphitryon. Tolentanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Im Graf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Paris. Anfang 7 1/2 Uhr.
Witten. Der Zigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Dürich Bornien. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Cigarettenmädchen. Anfang 8 Uhr.
Carl Weis. Der Wirtentanz von Trondhøal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Victoria. Dichter und Bauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäbrüch. Das Mädchen von Heilbrunn. Anfang 8 Uhr.
Wilhelm. Die Girland-See. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Vorstellung. Die neue Herrin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Von den Alpen zum Vesuv.
Im Hörort: Dr. B. Donath: „Elektrotechnik I.“

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Hilrich Lornsen.
Mittelaltliches Trauerspiel in 3 Aufzügen von Erich Schallier.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hilrich Lornsen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.

Belle-Alliance-Theater.
Nur noch 2 Vorstellungen!
Wiener Operetten-Theater.
(Bühne ohne Räume).
Direktor: Gothov-Grüneke.
Cigarettenmädchen.
Operette in 1 Akt v. Gothov-Grüneke.
Ein Studentenkreid.
Operette in 2 Akte v. Gothov-Grüneke. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Forencey.
Zum vorletztenmal:
Die Puppe.
(La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordoumeau und Sturgeh. Musik von G. Rabran.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend, den 31. März, zum erstenmal: Die Heiratstücken.
Sonderauff. in 3 Akten von Emil Meyer-Helmund.
Sonntagmorgen 3 Uhr zu halben Preisen: Der Bettelstudent. Von C. Willner.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 8440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Miesentadefolg!
Im Himmelhof.
Zehnter, Thielcher, Heimerding, Junfermann, Vauimüller. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Metropol-Theater.
Täglich um 9 Uhr 30 Min.:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginellen
Weiber-Parade.
Vorher:
Das große März-Spezialitäten-Programm:
Die 8 Diamants,
Deltorelli-Trio, Fred Gillet,
Sandor-Trio, Les Rissots,
The Daytons, Mary Wolf etc.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonntagen um 7 1/2 Uhr.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv.“
Im Hörort: Dr. B. Donath: „Elektrotechnik I.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
35
Togo-Neger
(28 Mädchen, 5 Männer, 2 Kinder).
Vorstellung um 11, 12, 3 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 9 Uhr.
Von 7-10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANS
PANOPTICUM
165. Friedrichstr. 165.
Im glänzend restaurierten Theatersaal:
Vorführung lebender Photographien in Lebensgröße.
Der englische Riese nur noch kurze Zeit.
In der Schreckenkammer Heinze, der Mörder.

Carl Weiss-Theater
Gr. Franziskanerstr. 132.
Täglich 8 Uhr: Der Wirtentanz von Trondhøal.
Sonderaufführung: Die verkehrte Welt.
Sonabend, den 31. März, zum erstenmal: Die Heiratstücken.
Sonderauff. in 3 Akten von Emil Meyer-Helmund.
Sonntagmorgen 3 Uhr zu halben Preisen: Der Bettelstudent. Von C. Willner.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Bürgerstr. 22.
Letzte Woche die so erfolgreichen Kunst-Spezialitäten.
14 dressierte Ziegen.
Um 8 1/2 Uhr: Stimmlicher Beifall! Direktor Wilhelm Fiedel in der Berliner Solle-Operette.
Die neue Herrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.
Sonabend: Fester Promisier-Fest-Tanz vor Dürich. Abends 8 Uhr: Vorstellung des gesamten Spezialitäten-Programms.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Deute Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger (Großer Beifall!)
Wir von der Kavallerie.
Nach der Solire: Tanzkränzechen.
Freitag: Keine Soliree.

Cirkus Schumann.
Donnerstag, den 12. April: Unwiderstehlich letzte Vorstellung. Schluss der ersten Saison.
Deute, abends 8 1/2 Uhr: Elite-Abend.
Gala-Programm.
U. a. die medisch präparierten springenden Hunde des Kaiser Wilhelms.
Ein Sechzehner-Zug. 16 auf der 16 Köpfigen.
Für Besichtigung! Das noch von niemand angeführte Hochzeitspaar von 16 Bräutlingen zu gleicher Zeit ohne Hilfe von Statistischem Kommandier, das einzig existierende und Soldatenerziehende und Heiratspaar. Die über lebende Pferde springenden Uebelthäter u. a. Sämtl. Original-Deutschen des Direktors A. Schumann. Ein musikal. Entree von 99 Dornen, sowie die neu engagierten Kunststücke.
Zum Schluss:

Doktor Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Akten von Goethe.
Mittler A. Stems.
Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Entree 50 Pfennig, Vorverkauf 40 Pf.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Entree 50 Pfennig, Vorverkauf 40 Pf.

Apollo-Theater.
Heute zum 101. Male:
Im Reiche des Indra.
Ferner Auftritte von erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater sowie beim „Künstlerdank“ und „Invalidendank“.

W. Noacks Theater.
Strassenstr. 16.
Der Gold-Dübel.
Voller mit Gesang und Tanz in 3 Akten (6 Bildern) von Emil Pohl. Musik von Conrad.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Cirkus Busch.
Nur noch kurze Zeit!
Deute Donnerstag, den 29. März, abends 7 1/2 Uhr: Gr. Parade-Abend. Zum 140. Male: Die Camorra. Auftritte: Herr Oscar Reiz, Schmitz, Quadrille a. d. Zeit Friedrichs des Großen, Fr. Vols Lee, Schallerstein. Die Origo-Truppe, Abate und Campion, komische Neckerer.

Thür-Schilder
Stempel etc.
H. Guttmann
Brunnenstr. 9.

Mittagstisch
Suppe, Gemüse, Braten u. Kompott.
inf. Bier 50 Pf. Köpferstr. 5b.
Achtung, Vereine!
1. Osterfesttag großer Saal für 300 Personen frei.
Englischer Garten
Alexanderstr. 27. (4088)

G. Jannajchts (früh. Bauer)
Gesellschafts-Säle, Julestr. 10.
empfehle Saal und Vereinszimmer zu dinstl. wie Vereinszimmerungen und Festlichkeiten; auch sind Sonnabende zu vergeben. Jeden Sonntag: Gesellschaftabend u. Tanz. (3772)
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühst. von 10 Pf. Mittag mit Bier 10 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 10 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Saal für 20-30 Personen.
H. Stramm, Red. Ritterstr. 123.

Bayrisch Malzextraktbier.
Bestes und billigstes aller Malzextraktbier. Reichhaltiges Frühstück von 10 Pf. Mittag mit Bier 10 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 10 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Saal für 20-30 Personen.
H. Stramm, Red. Ritterstr. 123.

Grosser Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verleiher gewasener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochgelegene von 500-1000 Mark zu liefern. Teilzahlungen unter den günstigsten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate liegen, werden durch eigene Bediener transportiert.

Schmöckwitz, Gasthaus zur Palme.
Inh.: Hermann Peter, (vorm. Kurras), Tel.: Amt Grünau No. 39
Empfehle mein alkoholfreies, herrlich an Wohl und Wacker bereitetes Pilsener des gebrühten Bieres und Gesellschaften zu Auszügen und Ausspannung und Dauerhaltbar; Regelmäßiges, große Kaffeepläne. Gute Küche u. bestmöglichste Bier u. andere Getränke zu solid. Preisen.

Prima harte 137850*
a Pfd. 110 Pf.
Schlackwurst halbbart a Pfd. 85
Zehnfach., prima hart, 95
Zweifach., Gall. 60
Kornwurst, Thüringer 60
unger 65
del 5 Pfd. 62
fest, reinlich. 55
del 5 Pfd. 50
edit 90
Speck, 90
Laudjantzen, 90
J. Strienling, Köpferstr. 163.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Todes-Anzeige.
Hiermit zur Nachricht, das unser langjähriges Mitglied, der Gattin **Albert Mitternacht** verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Krankenhauses am Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.
242/10
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe. Bekanntmachung.
Den Mitgliedern und Arbeitgebern bringen wir hiermit zur Kenntnis, das das Kassentafel sich vom Donnerstag, den 29. März, ab Engel-Str. 15, vorn 3 Treppen rechts, befindet.
2145
Der Vorstand.

Möbel
verleihen gezeigte und neue, Raumend billig. 38420*
Zeitsparung geklärt.
Neue Königstr. 59.
Gelegenheits-fänfe!
Paletts, Betten u. Anoden-Anzüge, Feder- u. Arbeitstische, Gardinen, Portieren, Teppiche, Koffer, Operngläser, Regal, Wäscher, Weiszeuge, Leuchter, Darmanntische, Geigen, Silber, Regulatoren, Uhren, Ketten, Ringe, Goldfäden usw.

Heilung
aller Haut-, Horn-, Nerven-, Gelenk- u. Blasenleiden ohne Berufshörung. 31jährige Erfahrung. 814*
Harder sen., Elsass-Str. 20.
Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2, Sonntag 9-2, Andwärts dreifach mit größt. Erfolg.

Laabs
Elsasserstr. 30.
Behandl. aller Haut-, Horn- u. Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst. 9-2, 6-9.
Freitag und Sonntag nur 9-2.
Berandbarten Grunhauhaus.
381000700000000

Chronische Leiden
jeder Art ohne Berufshörung.
Institut Jost, Chausseestr. 117, 1. r. 9-3, 5-9, Sonntag 9-7.
Arbeits. 20 Proz. Ermäßigung.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Nerven-Krankheiten, Hautleiden ohne Berufshörung. (30785)
R. Wagner, Wappelstr. 151/1 (fr. Wappelstr. 23.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Falbe,
44. Elsass-Str. 44.
Behandlung aller Haut- u. Blasenleiden ohne Berufshörung. Sprechst. 9 Morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3.
Bei Boreignung der Verbandstatten 10 Proz. 39702*

Schultze,
Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Blasen- u. Harnleiden ohne Berufshörung. 3973L*
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Boreignung der Verbandstatten 10 Proz.

Freie Volksbühne.
Achtung! Ordner.
Donnerstag, 12. April, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Stecher, Dresdenstr. 116.
Sonntagmorgen 2 1/2 Uhr, 11. Abteil. im Carl Weiss-Theater:
Die Neuenmählten. Schauspiel in 2 Aufzügen von Björnson.
Die sittliche Forderung. Einakter von O. E. Hartleben.
11. Abteilung: Sonntag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr: Um pünktliches Erscheinen bitten. Der Vorstand: L. A.: G. Winkler.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Zum 1. April ab befindet sich unser Bureau Engelauer 15 I, links, im Gewerkschaftshaus. Telefon: Amt VII, 353.
Das Amtsges. halber bleibt der Arbeitsnachweis Freitag, den 30. Sonntag, den 31. März und Montag, den 2. April geschlossen.
Das Bureau ist während dieser Tage nur für die dringendsten Geschäfte geöffnet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.
Donnerstag, 29. März, abends 8 1/2 Uhr, in Sicherheit Lokal, Andreasstr. 21:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von neun Mitgliedern zur Revisor-Kommission für die Branche der Fein- und Holzbearbeitungs-Industrie.
2. Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung
am Freitag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, im Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: Unsere Stellung zur Bauernhandwerker. 2. Freie Reden.
Alle im Handeltsgewerbe Angestellten sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Agitationskommission.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter.
Den Herren Arbeitgebern, welche das Tischlergewerbe handwerksmäßig betreiben und bei welchen ein Zweifel über die Zugehörigkeit zur Zwangs-Zunngung nicht besteht, zur gefälligen Kenntnisnahme, das dieselben alle bis jetzt bei unsrer Kasse versicherten Personen mit dem 31. März 1900 von uns abzumelden und nach der Zunngs-Krankenkasse anzumelden haben.
Diejenigen Herren Arbeitgeber, welche das Gewerbe fabrikmäßig betreiben, sind von der Zugehörigkeit zur Zwangs-Zunngung befreit und haben nach wie vor bei unsrer Kasse zu melden.
Die Mitglieder unsrer Kasse, welche zu gleicher Zeit Mitglied einer freien Hilfskasse sind, machen wir darauf aufmerksam, das dieselben freiwillige Mitglieder unsrer Kasse bleiben können und nicht verpflichtet sind, der Zunngs-Krankenkasse beizutreten.
Ferner können diejenigen freiwillige Mitglieder unsrer Kasse bleiben, welche vor dem 1. Dezember 1884 Mitglied der Kasse waren und derselben ununterbrochen angehört haben.
Die Anmeldung als freiwilliges Mitglied muß innerhalb einer Woche nach Aenderung des Verhältnisseverhältnisses erfolgen.
1900
Der Vorstand.

Max Kliem's Fest-Säle, Hasenheide 13, 14, 15.
Im neuen Festsaal, Eingang Hasenheide 13, jeden Sonntag: **Gr. Instrumental-Konzert.** Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Vorverkauf 25 Pf. — Nach dem Konzert **Tanzkränzchen!** — In den R. 14 und 15 belegen Sälen jeden Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. — Empfehle meine gelauten Säle Vereinen und Gesellschaften zu Besammlungen und Festlichkeiten. — Die Osterfesttage sind nach zu Ratweid zu vergeben. (34492*)
Max Kliem.

Großer öffentlicher Vortrag für Damen und Herren
im „Rödlner Hof“, Berlin N., Rödlnerstraße 8
Freitag, den 30. März a., abends 8 1/2 Uhr, wird:
Herr B. Tönjes, Vertreter der Naturheilkunde
über
Kinder-Krankheiten
Masern, Scharlach, Diphtheritis, Keuchhusten.
Entscheidung und Heilung durch die Naturheilkunde.
Besonders wichtig für Eltern. Entree 20 Pf.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Die Clubreferent.

Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 21: bei Stecher.
für
Vortrag Männer und Frauen
über:
Zungen-, Magen- und Herzleiden
vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann.** Demnach an gr. Lichtbildern. Berliner Verein für Naturheilverfahren. Geschäftsstelle im Kurhof, Köpferstr. 72, Nähe Behdenstr. Sprechst. 11-2, 6-8, Sonntag 11-12.

Alle Lente, die auf ihre Gesundheit achten, sollten an Stelle des schädlichen Bohnenkaffees Kathreiners Malz- kaffee trinken, oder doch zum mindesten den Kaffee zur Hälfte mit Kathreiner mischen.

Anzeige.

Die Auflösung des Magazin A. Lubasch muß in diesem Jahre beendet sein. werden demnach zu außerordentlich billigen Preisen verkauft.

Die noch vorhandenen großen Lagerbestände

**Kleiderstoffe, Seidenstoffe
Sammete, Plüsch
Fertige Wäsche jeder Art
Schürzen, Unterröcke
Leinen- u. Baumwollwaren**

**Konfektionierte Weisswaren
Stickerereien, Posamentierwaren
Sämtliche Artikel zur
Damen-Schneiderei**

**Tricotagen, Strümpfe
Handschuhe
Haus- und Küchengeräte
Holzwaren
Galanterie- und Lederwaren**

Gardinen • Teppiche • Portieren • Tischdecken

Nur in den Vormittagsstunden wird bis auf weiteres ein Posten einzelner Stores (darunter befinden sich hochelegante Stücke zu 1 Mk. und 1,50) zum Verkauf ausgelegt.

Leinen
nach Gewicht
Pfund 1,35.

Leinen
nach Gewicht
Pfund 1,35.

Hochfein dekorierte Tafelservice, echt Porzellan, sowie einzelne Gebrauchs- und Luxusporzellane in feinsten Ausführung.

Ein Posten geschliffener Wasser-, Wein- und Saftkaraffen, sowie einzelne geschliffene Weingläser echt Krystall.

Magazin A. Lubasch.

**Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze**
stets vorrätig bei **H. Barowsky**, NW. Beusselstr. 57a.

MAGGI

A. L. MOHRsche neue Margarine
„MOHRA“

ist die einzige Sorte Margarine, welche grösseren Zusatz von **Eigelb und Rahm** enthält und daher vollständig so wohl-schmeckend ist und genau so bräunt und duftet beim Braten, wie feinste Naturbutter. Ein vergleichender Bratversuch mit Konkurrenz-Margarine und mit Butter wird die Vorzüge unserer „MOHRA“ bestätigen.
Beim Einkauf von „MOHRA“ achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA“ an jedem Kübel sichtbar ist.

Arbeits-Bekleidung
für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur.
En gros - Detail.
D. Wurzel & Co.
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Möbel-Offerte!
Beden Aufsätze werden Krausnickstr. 22, bei der Oranienburger-Strasse, Hof-Jahreszeiten, Zimmer-Einrichtungen, sowie große Vorräte von eleganten wie einfacher Möbel, bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!

Wein zum Ausschank sehr geeignet!
süß, rot, wie Portwein,
ausgezeichnet im Geschmack,
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. M. 65.-, Oshoff M. 120.-
Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16, Amt IV, 9576.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 139, Sprechst. 9-7.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181.
Conlaure H. & M. Lewent. Beamten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Aufhängen Eichen, Besten weg-zugshalter kleines Speisekabinett. Näheres Neue Grünstraße 12. 1099

Gardinenhaus Große Frankfurter-straße 9, parterre. 2010

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Seidens-haus/Wermanta, Unter den Linden 21 II.

Tafel billig. Schilke, Bergmann-straße 107, part. IV. 1800

Mahagoni - Tischel - Spiegel, Schreibtisch, Kuchel - Kleiderständer, Tischleuchte, Spiegelständer, Kuchens-tänder verkauft Anklamstraße 20, Keller. 10098

Ruhbaummöbel, ganze Einrichtung, auch einzeln, sportbillig. Josenfer-straße 38, vorn II. rechts. 101K

Ruhbaummöbel, ganze Einrichtung, sportbillig, auch einzeln, Garten-straße 32a, I. links. 1977

Möbel, der und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Röntgenstraße. 2878

Möbel, große Auswahl, auf Teil-zahlung, empfiehlt unter constanten Bedingungen Reßmann, Prinzen-straße 17. (Rein Laden). 8244

Möbelfabrik, Oranienstraße 2a. Kleiderständer 27, Spiegelständer 24, Kleiderständer, Kleiderständer, Kleiderständer 5, Kleiderständer, Kleiderständer, Kleiderständer 15, Kleiderständer, Kleiderständer, Kleiderständer 27, Kleiderständer 15, Kleiderständer 70. Vollständige Einrichtungen allerbilligsten. Eventuell Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. 708

Halbrenner, neu, Schuld bisher angenommen, volle Garantie, sport-billig zu verkaufen. Stallvorstr. 124 IV rechts bei Schulz. 1580

Fahrrad, hochfein, 95 Mark. Guroystraße 24, vorn 1 Treppe rechts.

Fahrräder, Teilzahlung, möbige Anzahlung. Vager vierhundert Fah-räder, einjährige Garantie, liefern direkt Privat. Gebrauchte Fahrräder stets vorrätig. Imperial - Fahrrad-werke, Dieffenbachstraße 33. 195R

Fahrrad verkauft Groß, Küder-straße 12, Charlottenburg. 187

Fahrräder, zu kolossal billigen Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik Oranienstraße 33. 89K

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte genügt. Vandsberger, Vandsberger-straße 35. Unterricht gratis, kein Laden. 1758

Nähmaschinen, liefert sofort jedes System ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte genügt. Vandsberger, Vandsberger-straße 35. Unterricht gratis, kein Laden. 825

Strickmaschinen, beste, auch Teil-zahlung. Gustav Bredder, Engel-ufer 20. 1016

Bögel, gut einverpackt, gutes Vogelfutter. Utensilien empfiehlt Weinsh, Wienerstraße 6. 1110

Feinste Trüffelbutter sowie alle Sorten Käse in bester Qualität und feine Fleischwaren liefert zu billigen Preisen H. Wetternann, Wörlitzer-straße 72, Lieferant des Robott-Spor-vereins. 1110

Stoppdecken am billigsten Fabrik Preise. Oranienstraße 9, parterre.

Becken, Stoppdecken, sportbillig, Vandsberger, Vandsbergerstraße 6.

Teppiche, Gardinen, sportbillig, Vandsberger, Vandsbergerstraße 6. 11312

Remontierarbeiten, Regulatoren, sportbillig, Vandsberger, Vandsbergerstraße 6.

Damenrad und Herrenrad bringen verlässlich. Brüdernallee 15, Restau-ration (Selleverehaus). 1046

Nähmaschinen, Pangschiff, 55 Mk., sowie alle anderen Systeme, Spezialität Schnellnäher, rick- und vorwärts nähend, Wade 1 Mk. ohne Anzahlung, 5 Jahre Garantie, Befestigung durch Postkarte. V. Wehner, Kleine Alexander-straße 30. 1208b

Obst, Gemüse- und Wäckerwaren (Geschäft ist wegen Abreise nach Amerika sofort billig zu verkaufen. Marktgrafen-straße 95. 1211b

Zwei Kinderwagen ganz billig. Postkarte genügt. V. Wehner, Kleine Alexander-straße 30, Seitenflügel I. Dreifach. 1145

Halbrenner verkauft billig. Krüger, Ruppinerstraße 34, 4 Treppen. 1145

Auswahl in Knabenanzügen, Stoff-reisen, Sammet und Futterläden billig. Sorauerstraße 30, part. 215b

Nähmaschinen, Ringstich, Pangschiff, Vadschiff, Postkarte genügt. V. Wehner, Kleine Alexander-straße 30. 122/12

Augustabad, Köpferstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-laffen. 778*

Bereinszimmer empfiehlt. V. Wehner, Kleine Alexanderstraße 30. 1208b

Bereinszimmer Elisenstraße 23. 64K*

Bereinszimmer in. Pianino. Glanz, Krausenstraße 18. 1210b

Ehrenklärung, Die dem Ehegatte Herrn Gustav Eichenhauer sehr Frau, Ringstraße 7, zugefügte schwere Beleidigung nehme ich hiermit zurück und bedauere, dieselbe gethan zu haben. Vöde, Bierfahrer, Ringstr. 7. 1491

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Befehle, Kanonen - Expedition Charlottenburg, Wollmannstraße 22.

Chermenten, durchaus tüchtig, in allen Zeichnungen erfahren, sofort gesucht. Offerten unter M. 3 in der Expedition dieses Blattes. 1889

Zusammenpasser verlangt. Schirm-fabrik Rittersstraße 59. 1896

Polierer verlangt. Schirmfabrik Rittersstraße 59. 1896

Verleitung für die Johann, günstige Bedingungen, verlangt. Grünstraße 23.

Ein tüchtiger Feiler (gel. Arbeiter) verlangt. Dresdenstraße 81. 1205b

Ältere Frau für Aufsichtung wird gesucht. Nordstr. Wismannstraße 47, Hof I. rechts. 1213b

Ein junges Mädchen (Kinder lieb), welches zu Hause wohnt, verlangt. Allmer, Vahnerstraße 25. 1207b

Plätterinnen für gereinigte und gefärbte Damenkleider gesucht. Ge-brüder Altendberg, Färberstr. Weihenstr., Vahnerstraße 4. 1885

Am Arbeitsmarkt durch besondere Druck herbeigehobene Anzeigen Seite 10 u. 11. pro Seite

Achtung!
Suche fleißige, redgewandte Herren für den Verkauf eines leicht absetzbaren Artikels gegen gute Provision. Offerten unter F. K. 1000 an Hausenstein & Vogler A. G., Berlin W. 8, Leipzigerstr. 31/32. 101/5

Vermietungen.

Zimmer.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herren, 7,50 Mark, Grüner Weg 82, vorn 2 Treppen links. 1876

Schlafstelle, Junges Mann findet gutes Logis bei Schindlerstr. Vahner-straße 46, Seitenflügel 2 Treppen. 1110

Mietsgesuche.

Zauberes möbliertes Zimmerchen oder möblierte Schlafstelle, 80., zum 1. April gesucht. Offerten mit Preis-angabe unter J. R., Postamt 10, post-lagernd. 210b

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, 2. April praktischer Abendkurs; 4. April theoretischer Abendkurs. Jasson, Alte Jakob-straße 24. 61b

Technikum Berlin, Holzmarkt-straße 73. Neuer Elektrotechnischer Abendkurs. (Vorbereitung zu staatlicher Techniker-Prüfung.) Dauer 18 Monate a 15 Mark. Prospekt kostenlos. 828*

Wiederlegitons, Brodhans, Brehm und andre wissenschaftliche Bücher. Kauf und bezieht. Antiquariat Koch-straße 56 I. 808*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertig. Ferdinand Kleinert, W. Häl-ferstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Handelsteine kauft. Handelsteine. Brünnerstraße 63. 908*

Möbel, alte, Schlafsofa, kauft. Razarus, Anklamstraße 30. 1078*

Die Beanstandung der Zwickischen Wahl

im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis macht der „Vossische Zeitung“ heute schon Kopfschmerzen, die sich auch begreifen lassen, denn wenn die unter Punkt 10 des Protestes behauptete Thatsache sich als richtig erweist, so ist die notwendige und unabweisliche Folge, daß die Wahl kassiert wird.

„Wir lehnen es ausdrücklich ab, die Thatsache zum Protest zu benutzen, daß 42 als Hospitaliten und Almosenempfänger in den Listen bezeichnete Personen das Wahlrecht angeheißt haben.“

Im Gegensatz zu den Protesthebern hat aber die Wahlprüfungs-Kommission diese Thatsache für wichtig genug angesehen, um sie unter Beweis zu stellen; der Bericht sagt darüber — die Tante Voh beschweigt das natürlich —:

„Die Wahlprüfungs-Kommission vertrat bezüglich dieses Punktes die Auffassung, daß die Meinung der Protesthebern für sie nicht maßgebend sein könne; wenn solche Unregelmäßigkeiten wie die Thatsache, daß Almosenempfänger entgegen dem Wortlaut des Wahlgesetzes an der Abstimmung teilgenommen haben, in positiver Behauptung zu ihrer Kenntnis gelangte, so sei es ihre Pflicht, deren Richtigkeit zu prüfen.“

Vielleicht sieht aber auch die „Voss. Ztg.“ ein, daß es etwas andres ist, eine bestehende gesetzliche Bestimmung als ungerecht und widersinnig zu bekämpfen, ihre Beseitigung anzustreben, und wieder etwas andres, die Verletzung einer solchen von unfern Gegnern gegen uns geschaffenen und nun einmal zu Recht bestehenden Bestimmung nicht auch noch widerspruchslos gegen sich wirken zu lassen.

Mehr als eine Spalte Raum verschwendet die „Voss. Ztg.“ dafür, alle die Punkte des Wahlprotestes eingehend zu erörtern, die nach der Auffassung der Wahlprüfungs-Kommission entweder nicht als erheblich anzusehen waren, oder die durch Einsicht in die Wahlakten ihre Widerlegung gefunden haben; und mit der ihrer greisenhaften Mühe so wohl ansehenden fittlichen Entrüstung klagt sie wehmütigvoll, daß man „dem socialdemokratischen Wahlkomitee den Vorwurf der Leichtfertigkeit nicht ersparen kann“.

O Du ahnungsloser Engel! Wenn die socialdemokratischen Protesthebern vor Abfassung ihres Protestes hätten Einblick in die Wahllisten nehmen können, hätten sie natürlich diese Behauptungen nicht mehr zu erheben brauchen. Da aber die Protesthebern diese Kontrolle nicht ausüben konnten, nehmen sie alle jene Punkte auf, die nach allgemeiner Auffassung als Verstöße gegen Wahlgesetz oder Reglement anzusehen waren, soweit sie ihnen in glaubhafter Weise mitgeteilt wurden; für letztere Thatsache aber ist der Umstand Beweis genug, daß sie für fast alle Punkte Zeugen angeben konnten. Das ist ja gerade die Aufgabe der Wahlprüfungs-Kommission, die Protestbehauptung auf ihre Richtigkeit zu untersuchen und, soweit dies nicht aus den Wahlakten möglich ist, mittels der Staats- und Gemeindebehörden die Wahrheit festzustellen.

Daß nicht alle Protestbehauptungen bis auf die letzte Einzelheit richtig sind, ist eine so alte Winnenwahrheit und trifft für die Proteste aller Parteien ohne Unterschied zu, daß sogar die „Vossische Zeitung“ es wissen könnte. Man geht wohl auch nicht fehl, wenn man annimmt, die „Vossische Zeitung“ wisse das so gut wie wir, sie paradiere nur mit ihrer unschuldsvollen Unwissenheit, um über den klarsten und verhängnisvollsten Punkt des Wahlprotestes ihre Leser hinwegzutäuschen, nämlich Punkt 10: daß im 412. Wahlbezirk die Wahlhandlung nicht nach den Vorschriften des § 12 des Wahlreglements eröffnet worden sei. Welche von den in der Wahlprüfungs-Kommission erörterten Mängelheiten bezüglich der Auffassung der Protestbehauptung hier zutrifft: ob an Stelle des Vorsitzenden dessen Stellvertreter die Wahlhandlung eröffnet hat, ob die vorgeschriebene Verpflichtung an Eidstatt unterlassen wurde, oder ob weder der Wahlvorsteher noch dessen Stellvertreter die Wahlhandlung eröffnet hat — all' das wird ja das von der Kommission beschlossene Beweisverfahren klarstellen, dem das Plenum wohl kaum seine Zustimmung verweigern wird.

Daß nach einem Brief des Wahlvorstehers (Herr Karl Ehrenberg, Armenkommissions-Vorsitzer-Stellvertreter) weder dieser noch sein Stellvertreter die Wahlhandlung eröffnet haben. Damit steht und fällt die ganze Wahl, denn die Wahlprüfungs-Kommission sagt darüber in ihrem Bericht:

„Dieser Verstoß würde jedenfalls wesentlich sein, was bezüglich der Unterlassung der Verpflichtung zweifelhaft sein könnte.“

Es ist daher nur ein schlechter Trost, wenn die „Voss. Zeitung“ darüber philosophiert, daß Herr Zwick noch immer 6 — man denke: sechs — Stimmen Mehrheit besitze (Stolz lieb' ich meinen Spanien!), wenn auch alle andren Protestpunkte, welche die Wahlprüfungs-Kommission als erheblich unter Beweis gestellt hat, sich als richtig herausstellen sollten. Ganz richtig; aber die Entscheidung liegt im Punkt 10; denn im 412. Wahlbezirk hat Zwick 330, Schmidt nur 131 Stimmen erhalten. Fällt dieser Bezirk außer Betracht — was bei Befähigung der Protestbehauptung zuträfe — so würde die Wahl für ungültig erklärt werden und der 5. Wahlkreis müßte in Kürze eine Ersatzwahl vornehmen.

Warten wir also ruhig das Ergebnis des Beweisverfahrens ab, das ja infolge der Beschlußunfähigkeit des Reichstags erst nach den Osterferien beschloffen werden kann; vorläufig freuen wir uns aber immerhin der Angst und des schlechten Gewissens der alten Tante!

Kommunales.

Der Petitions-Ausschuss der Stadtverordneten-Verammlung verhandelte in seiner am Dienstag abgehaltenen Sitzung u. a. über eine Petition von Umwohnern der Stötenhaldenstraße wegen Beseitigung des Straßenhandels. Die Petenten wünschen diese Beseitigung, weil durch die langen Reihen der aufgestellten Wagen der Verkehr erheblich beeinträchtigt, und die Straße verunreinigt werde, und weil ferner an Tagen, wo das Geschäft gut gehe, der Fußel in Strömen fliehe.“

Die von den Gemeindebehörden erfolgte Festsetzung neuer Bauvorschriften vor den Grundstücken Breitestraße 20 und 20a hat nicht die ortspolizeiliche Zustimmung erhalten. Das Polizeipräsidium hat sich dahin geäußert, daß ihm die Fahrdammbreite von 8,8 Meter am Ausgange der Hofstraße nicht ausreichend erscheine, um die Genehmigung zu einer die Hofstraße mit dem Köllnischen Fischmarkt verbindenden Straßenbahn erteilen zu können, und empfiehlt deshalb eine Abkürzung an dem Grundstück Köllnischer Fischmarkt 4 oder eine Jurisdiktion der geplanten Fluchtlinie zur Verbreiterung des Fahrdammes.

Lokales.

Im Friedrichshain.

In einer Besichtigung des Friedhofs der Märzgefallenen ist gestern nachmittags 4 1/2 Uhr die städtische Parld. Deputation unter Vorsitz des Stadtrats Strauwe und im Beisein des städtischen Gartenbau-Direktors Rützig zusammengetreten. Die Parld. Deputation einigte sich nach erfolgter Besichtigung der historischen Stätte auf folgende Beschlüsse: Der Friedhof ist mit einer lebenden Hecke zu umgeben, die Gräber sind mit massiven Steinplatten einzufassen, die Wege mit buntem Kieselplaster zu belegen.

Die Parld. Deputation beschloß ferner mit Stimmenmehrheit, den Magistrat aufzufordern, zur Aufstellung einer einfachen Tafel, auf der die Namen der gefallenen Kämpfer verzeichnete stehen sollen, seine Zustimmung zu geben. Zum Schluß sprach die Parld. Deputation den Wunsch aus, daß unverzüglich mit den Arbeiten auf dem Friedhofe begonnen werde. Somit scheint es, daß auf der historischen Ruhestätte endlich der Zustand größter Verwahrlosung beseitigt wird, vorausgesetzt, daß Magistrat und Polizei, trotz der Kaiserworte, mit denen Bürgermeister Kirchner bei seiner Besichtigung am 23. Dezember v. J. beglückt wurde, diesem Werke der Pietät nicht neue Schwierigkeiten in den Weg legen.

Tierisch — Menschlich.

In bürgerlichen Blättern wird und zwar nach unserer Meinung mit Recht ein wunderbar scheinendes Urteil kritisiert, das von der zweiten Abteilung des Schöffengerichts am Landgericht II dieser Tage zum besten gegeben worden ist.

Dieses Gericht verurteilte einen wegen Tierquälerei Angezeigten zu sechs Mark Strafe, event. 3 Tage Gefängnis und den Angezeigten, der sich zu einer etwas drastischen Bemerkung dem Angeklagten gegenüber hatte hinreichend lassen, zu fünfzig Mark, event. zehn Tagen Gefängnis. Das Urteil wurde folgendermaßen begründet:

Zu einer Kompensation der beiderseitigen Beleidigungen lag kein Anlaß vor. Vielmehr erüchten mit Rücksicht auf das Treiben der sogenannten Tierquälvereine (I) und ihrer Mitglieder, sich fortgesetzt um fremde Angelegenheiten zu kümmern, die sie nichts angehen (II), und bei dem Bildungsgrade des Angeklagten, der ihn vor der Ausschreitung hätte bewahren sollen, die erkannte Strafe angemessen.

Zu diesem Urteil wird allerdings das segensreiche Wirken der Tierquälvereine in einer Weise verkannt, wie es wenigstens in Berlin nicht alle Tage vorkommt. Und doch steht in dem Urteil eine, wir möchten sagen, herzerfrischende Konsequenz. Der gelehrte Richter und die beiden ungelehrten Schöffen, die sich seiner Vaterlichkeit rühmen können, haben ganz offenbar zunächst aus der heutigen Unsicherheit des Menschenschutzes das Nötige gefolgert und sich gesagt, daß das Tier kein Recht hat, sich vor Gericht etwas Besseres zu denken als der Mensch in dem Fall, wo er in der Gestalt eines Arbeiters in die Erscheinung tritt.

Das Wort vom „Treiben der Tierquälvereine“, die sich um fremde Angelegenheiten nicht kümmern sollen“, findet ferner seit Menschengedenken im geeinten Deutschen Reich Anwendung auf die dem Arbeiterthum dienenden Organisationen. In diesem Wort offenbart sich aber derselbe Geist, der den Minister bewegt, den Fabrikinspektoren zu verbieten, sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen, welche auf Missethate in Fabriken aufmerksam machen möchten, derselbe Geist, der diesen Organisationen alle erdenklichen Hindernisse bereitet, derselbe Geist, der im deutschen Richterstand verkörpert, den Zeitungen, welche Missethate zur Sprache bringen, den Schutz des § 188 verleiht, der Geist, der zum Leidwesen der Fabrikinspektoren und anderer wohlmeinender Leute den Unternehmer, welcher aus Habgier die Arbeiterthum-Vorschriften übertritt, mit wenigen Mark Geldstrafe davonkommen läßt, den Zeitungs-Redakteur aber, der einen solchen Unternehmer bei Aufdeckung seiner Schandthaten beleidigt, möglichst fähig bestraft.

Kurz, es ist der preukisch-staatsverhaltende Geist, der aus dem Urteil spricht. Dieser auf krampfhaften Schutz

des Individualismus hingerichtete Geist hat in untrer, immer mehr in der socialistischen Denkmisshaltung aufgehenden Zeit zwar intellektuell längst abgewirtschaftet, aber er wird doch von allen an der Erhaltung der heutigen Ordnung interessierten Schichten, von allen heute im stetig schwindenden Personen für unerlässlich gehalten. Es ist daher höchst inkonsequent, wenn bürgerlich-staatsverhaltende Blätter das Schöffengerichts-Urteil als so etwas Unerhörtes hinstellen. Das Urteil gegen die Tierquälvereine ist im Sinn des Ordnungsklingels durchaus staatsverhaltend.

Für Renten-Empfänger. Von der Expeditions-Speicherei- und Kellerei-Vereinsgenossenschaft erhalten wir folgende Zuschrift: Die mißverständliche Auffassung einer Verfügung seitens vieler Postbeamten verursacht zahlreichen Rentenempfängern der Unfallversicherung unliebsame Laufereien und Korrespondenz. Wir teilen daher allen denjenigen, welche von der Unfallversicherung eine Rente beziehen, mit, daß die bisherigen Quittungsformulare auch fernhin gültig sind.

Die Paketfahrt-Gesellschaft hat bereits mit der Umrüstung begonnen und eine Anzahl ihrer Briefkästen von den Straßen entfernt. Gestern schloß die Gesellschaft die Bedienung ab, so daß die Reichs-Postverwaltung in diesem Zweige schon heute eine erhebliche Belastung erfährt. Demgemäß wird von heute ab die Zahl der Geldbriefträger vermehrt werden, und zwar soll dieses Personal je nach der Größe der Postämter um zwei bis fünf Mann verstärkt werden. Das neue Briefsortieramt der Reichs-Post, welches in Aussicht auf die am 1. April eintretende stärkere Belastung eingerichtet werden mußte, ist schon gestern in Betrieb genommen worden. Es befindet sich in dem Kaufhaus Brandenburg in der Neuen Friedrichstraße und hat einen Flächenraum von 600 Quadratmetern. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauens des Hauptpostamts wird das Sortieramt nach der Spandauerstraße verlegt werden.

Rektor Dröge von der 63. Mädchen-Gemeinschaft in der Gipsstraße, der wegen seiner Beziehungen zu der Lehrerin Eggertsen, Gouvernante kürzlich im Disziplinarverfahren zur Amtsenthebung unter Verlesung seines halben Gehalts verurteilt wurde, scheidet am 1. April endgültig aus seiner bisherigen Stellung aus. Sein Nachfolger wird Rektor Gähle von der 22. Gemeinschaft in der Havensstraße. Herr Dröge gilt bis zur Erledigung der von der Schulbehörde gegen das Disziplinarurteil eingelegten Berufung als an die 57. Knaben-Gemeinschaft in der Brandenburgstraße verlegt, bleibt aber selbstverständlich auch hier suspendiert.

Die Kochkalt- und Schmelzküche auf dem Schlachthofe wird, wie die Allgemeine Fleischzerlegung“ mitteilt, ferner nicht mehr verpackt, sondern vom 1. April ab von der Schlachthof-Versicherung der vereinigten Viehkommisäre selbst verpackt werden. Das Polizeipräsidium hat zu diesem Beschluß seine Zustimmung erteilt.

Zum Morde in Eichwalde. Den Mord an der Schifferfrau Gräbner begangen zu haben, sind u. a. der Züchter Gänther aus Gosen und der Schlächter Genjke aus Adpenitz verdächtig, zwei junge Menschen im Alter von 23 Jahren. Man hat sie in den Tagen nach der That mit Stragwunden an den Händen und im Gesicht gesehen, dann aber ihre Spur verloren. Sie sollen graue Anzüge und eben solche Mägen tragen. Gänther ist ein kleiner unterlegter Mann, während Genjke über mittelgroß und schlank ist. Ein Steckbrief ist hinter beide noch nicht erlassen, weil es noch sehr fraglich ist, ob die Verdachtsgründe auch begründet sind. Aufser diesen beiden Arbeitern sind noch einige andre Personen in Verdacht geraten, festgenommen und verhört worden. Die Gendarmerie in den Kreisen Niederbarnim und Teltow fahndet auf alle verdächtigen Personen, und wer betroffen wird, ohne sich genügend auszuweisen zu können oder sich durch sein Benehmen und Verhalten verdächtig, kann sicher sein, sofort von der Gendarmerie beobachtet und vernommen zu werden. In den letzten Tagen sind schon ein Duzend solcher Personen verhaftet worden. Die Untersuchung wird vom Landgericht II in Berlin und dem Amtsgericht in Adpenitz geführt. Die hiesige Kriminalpolizei hat mit der Untersuchung unmittelbar nichts zu thun. Das schließt nicht aus, daß auch hier in Berlin nach den Mordern gefahndet wird und Personen, die verdächtig sind, festgesetzt werden.

Ein bestimmter Verdacht richtete sich auch gegen zwei Leute aus Gosen, einen Landwirtssohn K. und einen früheren Schlächter G. Auf beide passen die Beschreibungen, die man von den verdächtigen Persönlichkeiten erhalten hat. G. hatte sich mittlerweile auf einen Kahn begeben und war nach Hanel's Abgabe gefahren. Als er gestern von dort zurückkehrte, wurde er einem eingehenden Verhör unterzogen, ebenso K., den man vom Felde heimholte. Beide bestritten entschieden, mit der That etwas zu schaffen zu haben. Da auch eine Hausdurchsuchung keine Aufklärung brachte, so wurde, wie man sie an verdächtigen Personen gesehen haben will, so scheint auch dieser Verdacht unbegründet zu sein. Die jungen Leute wurden daher nach dem Verhör wieder entlassen. Als Zeugen werden noch zwei Knaben, ein junger und ein alter Mann, gesucht, die um die Zeit des Mordes mit zwei leeren zweipfüßigen Röhrenwagen über die Chaussee fuhren, und zwar nach Königs-Wusterhausen zu. Die gerichtsarztliche Leichenöffnung hat auch gestern noch nicht stattgefunden.

Kein Theaterkrach. Zu der einem hiesigen Blatt entnommenen Mitteilung über die Verhältnisse des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters schreibt Herr Direktor Samst: Unter dem Stichwort „ein Theaterkrach“ veröffentlichte Sie eine Notiz, inhaltlich deren ich das Friedrich-Wilhelmsstädtische Theater wahrscheinlich bald werde verlassen müssen, da ich die am 1. März fällig gewesene Rente an Herrn Frigische nicht bezahlt habe und die Ermittlungslage gegen mich bereits schwebt. Diese Behauptung ist unwohr und beruht auf böswilliger Erfindung. Da ich nicht am 1. März die Rente zu zahlen habe, so kann von einem Ermittlungsrechte des Theater-Eigentümers gegen mich absolut keine Rede sein. Ich gebe allerdings die Pacht des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters am 1. September d. J. auf, nachdem ich ein entsprechendes Abkommen mit Herrn Frigische vor längerer Zeit getroffen habe.

Durch einen Schuh in die Brust verfuhrte sich gestern, Mittwoch, ein 23 Jahre alter Student der Medizin und Zahnheilkunde, Zuchlag, aus der Chausseestraße, bei einem Freunde zu töten. Der junge Mann besuchte diesen Freund um 3 1/2 Uhr in seiner Wohnung in der Auguststraße und klopfte ihm, daß er am Dienstag im Streit mit einem Amerikaner an seiner Ehe schwer verletzt worden sei. Als der Freund ihn einen Augenblick allein ließ, zog er einen Revolver aus der Tasche und schoß sich eine Kugel in die linke Brust. Schwer verletzt wurde er mit einem Kopsfischen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.

Eine Arbeiterin im Fabrikbetriebe verkrümmt. Ein entgleitler Betriebsunfall in der Blechemballage-Fabrik von Hans Adolph Meyer am Luisen-Isler 47 hat das Leben der 27jährigen Arbeiterin Wally Behling für immer zerstört. Das junge Mädchen, das Ratiborstr. 16 bei seinen Eltern wohnte, wurde am Montagvormittag in der Fabrik als Packerin eingestellt. Bereits am Dienstag, nach eintägiger Beschäftigung, beauftragte der Meister die im Fabrikbetriebe völlig unerfahrene Arbeiterin, an der Stanzmaschine zu arbeiten. Die Arbeit an dieser Maschine ist in hohem Maße gefährlich und die Arbeiterinnen der Fabrik, die in den Betrieb eingeweiht sind, weigern sich konsequent, an dieser Maschine zu arbeiten. Wally Behling kam ahnungslos dem Befehl des Meisters, an der Maschine zu hantieren, nach, und kam vor einer Stunde vergangen, als das sicher vorauszuweisende Unglück eintrat. Dem Mädchen wurden zwei Finger und der Daumen der

